

# Ein bedingungsloses Grundeinkommen – modern und effizient

Albert Jörimann

ISBN 978-2-9700552-1-1

B.I.E.N. Schweiz  
Hefte zum Grundeinkommen Nr. 1  
Genf 2007

**Hefte zum Grundeinkommen**  
**Nr. 1: Ein bedingungsloses Grundeinkommen –**  
**modern und effizient**

**Albert Jörimann**

In den Heften zum Grundeinkommen veröffentlicht BIEN-Schweiz in unregelmässigen Abständen Beiträge, welche sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen bzw. Aspekten davon beschäftigen, sowohl im nationalen Schweizer Kontext als auch international bzw. im theoretischen Bereich.

Die Beiträge geben die persönliche Meinung der AutorInnen wieder und können von diskutierten Positionen von B.I.E.N.-Schweiz abweichen.

**Albert Jörimann**

\*1955, Vizepräsident B.I.E.N.-Schweiz  
wohnhaft in 8005 Zürich

# Das wirkliche Existenzrecht

**Zu den Grundrechten zählt lange vor den politischen Rechten, der Handels- und Gewerbefreiheit und dem Recht auf Meinungsfreiheit das Existenzrecht. In unseren Gesellschaften ist vorausgesetzt, dass alle Menschen ihre Bedürfnisse über Arbeits- oder Kapitaleinkommen befriedigen können. Die Sozialversicherungen decken dabei allfällige Lücken. Aber die grundlegenden Veränderungen sämtlicher gesellschaftlicher Grundlagen mit der Automatisierung und Verlagerung der Produktion, der Öffnung der Grenzen (mindestens innerhalb der EU), der Globalisierung sämtlicher Handelsbeziehungen usw. haben dazu geführt, dass kein Arbeitsplatz, kein Standort, kein Beruf, keine Branche mehr längerfristige Sicherheit bietet. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen. Er enthält tendenziell mehr Chancen als Risiken, was nicht zuletzt durch die jüngsten massiven Zunahmen des Wohlstandes in den Schwellenländern bewiesen wird. Um aber in dieser Entwicklung zu bestehen und um sie kollektiv und individuell auch offensiv anpacken zu können und sogar den Gang zu bestimmen, ist eine saubere, obligatorische finanzielle Grundsicherung für alle Menschen notwendig. Diese umfasst nicht einfach ein Existenzminimum auf der Basis von Wasser und Brot in einer schimmligen Zelle, sondern eine Grundsicherung auf einem anständigen Niveau, welche auch die Pflege der unerlässlichen sozialen Kontakte und die individuelle Weiterentwicklung ermöglicht. Kurz: Wir brauchen für die moderne Gesellschaft beziehungsweise für die weitere Modernisierung unserer Gesellschaften ein Grundeinkommen für alle EinwohnerInnen.**

**Dieses wird monatlich pro Person ausgerichtet, also unabhängig vom Zivilstand; es wird an ausnahmslos alle EinwohnerInnen ausgeschüttet, also unabhängig davon, ob sie eine Arbeit haben oder nicht oder ein Kapitaleinkommen beziehen. Es ist somit ein bedingungsloses Grundeinkommen. Kinder erhalten die Hälfte (unter 12**

**ein Viertel). Die Finanzierung erfolgt so, dass die Mehrheit der EinwohnerInnen, welche über ein ausreichendes Arbeits- oder Kapitaleinkommen verfügt, gleich viel einzahlt, wie sie als Grundeinkommen erhält. Dies kann nach unserem Vorschlag über eine direkte Verrechnung erfolgen.**

**Bedingungslos heisst, dass es keine Bedürfnisprüfung gibt. In den modernen Gesellschaften sind solche Systeme zur Abklärung und Überwachung nicht mehr zeitgemäß. Sie führen nur zu einem Ausbau der Sozialbürokratie zum einen, vergiften aber auch das soziale und politische Klima und verleiten ganz besonders anfällige Köpfe sogar zu Hasstiraden über «Sozialschmarotzer», also über Leute, welche möglicherweise zweihundert Franken zuviel beziehen im Monat. Dies ist unwürdig – sowohl für die Menschen und Parteien, welche mit diesen Hasstiraden Politik machen, als auch für das System insgesamt; von den direkt Betroffenen ganz zu schweigen.**

Die Ursache der meisten Probleme liegt in Denkstörungen. Der normale, vernünftige Mensch hat die Tendenz, sich gegenüber den Verhältnissen zu verhalten wie Dr. Watson in Abwesenheit von Sherlock Holmes. Daraus entsteht ein Paradox in der Sphäre des Politischen, da hier zwar die Lösungen entworfen werden sollten für aktuelle Fragen wie für die kommenden Entwicklungen, während die Politik selber in der Regel eine eigene Problemzone darstellt mit einem stark rückwärts orientierten Charakter, der Ausrichtung auf Partikularinteressen und einer vitalen allergischen Abneigung gegen sämtliche Visionen, welche nicht in einem patentrechtlichen Register abgelegt sind.

### **Massive Veränderungen in den letzten Jahren**

Das ist wohl auch kein Wunder. Angesichts der gigantischen Veränderungen in unseren Gesellschaften und auf der gesamten Welt fällt es selbst den neutralen Beobachtern schwer, den Überblick zu behalten; die Zukunft erscheint vor diesem Hintergrund kaum abschätzbar, da man ja noch nicht mal geschnallt hat, was sich in jüngster Gegenwart ereignet hat. So ist der Vorwurf der Utopie immer schnell zur Hand (zumindest gleich schnell, wie er zu allen Zeiten zur Hand war und ist), wobei es ja interessant ist, dass «Utopie» überhaupt als Vorwurf verwendet wird. Vielleicht ist das insgesamt gar nicht so tragisch; Pragmatismus und die «Politik der kleinen Schritte» haben unbestreitbare Vorteile gegenüber den großen Würfeln, die im

Verdacht stehen, nicht nur rücksichtslos über Opfer hinwegzugehen, sondern gerade aufgrund ihrer Größe fast per Definition in die Irre zu führen. (Dass man ohne die großen Würfe dann schon gar nirgends hin kommt, steht dabei so fest wie der Watzmann.)

Aber darum geht es im Moment nicht in erster Linie, sondern zunächst mal nur darum, die effektiven Veränderungen überhaupt festzuhalten und den bevorstehenden weiteren Veränderungen mit offenen Augen und wachem Verstand entgegen zu gehen, auch auf die Gefahr hin, dass man dabei zwischendurch mal ins Schwadronieren gerät.

Wir haben festgestellt, dass die letzten 20 Jahre eine umfassende Verlagerung der Erwerbstätigkeit weg von der klassischen Industrieproduktion gebracht haben. Massive Automatisierungsschritte, nicht zuletzt dank der konsequenten Nutzung der Informatik, die Konzentration der Produktion weltweit in Ländern wie China und die Verschiebung weiterer industrieller und zunehmend auch administrativer Tätigkeiten in Billiglohnländer führten in den entwickelten Ländern (und in anderer Form auch in den Entwicklungsländern und in den Schwellenländern) zu einem Strukturwechsel, über den bisher vor allem im Rahmen bekannter Schlagworte gelehrt, aber nicht wirklich nachgedacht wurde. Unter anderem führte diese Strukturveränderung schon wieder nicht zum Kollaps des gesamten Systems, obwohl sich hierzu schon wieder eine ausgezeichnete Gelegenheit bot, wie sie die Überproduktionsfetischisten seit 150 Jahren in regelmäßigen Abständen sehen. Nein, von Zusammenbruch kann keine Rede sein; bloß sind die Sicherheiten auf allen Ebenen heute weniger sicher als vor 15 Jahren; es gibt keine fixen beruflichen Karrieren mehr, ja, ganze Berufskategorien sind verschwunden, neue tauchen auf und gehen wieder unter, die früheren Macht- und Wirtschaftskartelle existieren in der Form der Achtzigerjahre nicht mehr und haben sich ihrerseits in neue, globale Dimensionen verlagert; jederzeit droht mit dem Verlust des Arbeitsplatzes der Absturz ins soziale Nichts, und das Entstehen neuer Arbeitsplätze erscheint als wahres Wirtschaftswunder, dessen sich allerdings die katholische Kirche noch nicht bemächtigt hat. Aber das heißt nur, dass das System als solches flexibler geworden ist, nicht aber, dass es unterzugehen drohen würde, nicht die Spur. Andererseits und gleichzeitig hat die Strukturveränderung ganz selbstverständlich zum Ende des Systems der Industrieproduktion im herkömmlichen Sinn geführt und insofern dann doch zum Kollaps. Bloß hat sich das System als wirklich bewundernswert lernwillig erwiesen und als viel anpassungsfähiger als sämtliche Theorien, denen es folgen müsste. Vor dieser Leistung ist zunächst mal der Hut zu ziehen, und das meine ich gar nicht so spöttisch, wie das vielleicht

tönen mag: Offenbar weist diese Gesellschaftsordnung einen Stabilitätsgrad aus, der über mehrere Entwicklungsstufen hinaus tragfähig ist. Diesen systematischen Gedanken schätze ich außerordentlich, unter uns gesagt. Er ist bezüglich jeglicher Systemtheorie von herausragender Bedeutung.

Nochmals: Das Zeitalter der konventionellen Industrieproduktion in den entwickelten Ländern ist abgeschlossen. Bisher ist uns noch kein Prophet erschienen, welcher einen neuen Grundgegensatz umrissen hat, der nach der Zweiteilung der Industriegesellschaft in Kapital und Lohnarbeit als Hauptwiderspruch für die neuen Gesellschaften dienen würde. Im Gegenteil: Je absurder es wird, desto lauter rufen alle PolitikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen, aber auch die Ökonomen nach neuen Arbeitsplätzen. Ja aber wozu denn und wo? Was für Arbeitsplätze?

Ein erster Ansatz zum Verständnis der laufenden Entwicklungen ist eine Systemvermutung ohne Systemtheorie. Sie braucht nicht zwingend richtig zu sein und geht in die Richtung, dass unsere Gesellschaften zwar das alte Spiel der Lohnarbeit (mit den damit verknüpften Motiven der Vollbeschäftigung, den Karrierevorstellungen, der Arbeitsmoral usw., kurz, mit all den Grundwerten bis hin zur Wertschöpfung selber, welche den bürgerlichen Alltag speisen und am Laufen halten und zutiefst verinnerlicht sind) weiterspielen, während das, was wir lange Zeit für die echten, effektiven, handfesten Grundlagen unseres Wohlstands angesehen haben, nämlich eben die industrielle Produktion, irgendwie aus unserem Alltag verschwunden ist. Sie ist in unserem Alltag noch präsent in der Form der gesellschaftlichen Organisation, welche die vormaligen Prozesse der Industriegesellschaft nachäfft, sowie natürlich in Form der Erzeugnisse, die wir auf allen sieben Stöcken unserer achtstöckigen Warenhäuser sehen: Made in China.

Dabei handelt es sich hier, in Produktion und Distribution und Konsum, eigentlich um jene Sphäre, die sich die moderne Gesellschaft selber geschaffen hat, um die wesentlichen Organisationsfragen zu lösen. (Um nicht missverstanden zu werden: Nein, die Gesellschaft hat sich diese Sphäre und diese Organisation nicht nach einem Plan selber entworfen; sie ist so entstanden, einerseits zufällig und andererseits nicht zufällig, weil sie sich bewährt hat und das Resultat ist von Millionen von großen und kleinen Auseinandersetzungen.) Was aber hier an Engstirnigkeit und Borniertheit von links bis rechts seinen Auslauf findet, spottet jeder Beschreibung. Dementsprechend sehen die Lösungen aus, welche uns aus der Politiküche als Parolen-Rumpfbotschaften entgegentönen: ein Supermarkt blödesten Gemeinplätze. In erster Linie werden, wie oben bereits gesagt, die Grundsatzfragen, die aus der Auflösung der Industriegesellschaft mit dem damit einher gehenden Verschwin-

den der konventionellen Arbeitsplätze entstehen, dahingehend zur Lösung getrieben, dass man erstens mehr Arbeitsplätze schaffen müsse (Gewerkschaften und SP) und zweitens das Rentenalter erhöhen (die Freisinnigen). Abgebrühte PolitikerInnen mögen in solchen Gedankenlosigkeiten ein abgekartetes Spiel sehen, bei dem auf dem Umweg über das Aufschäumen der öffentlichen Meinung dann tatsächliche Veränderungen erzielt werden; Menschen aber, die noch an Inhalte und Aussagen glauben, schlagen sich bei solchen Idiotien die Hand vor den Kopf und beginnen zu weinen.

Nun wollen wir eben nicht weinen, gerade nicht. Wir wollen auch in einer zunehmend komplexeren Gesellschaft weiter ein anständiges Leben führen, in dem wir was erleben und öfter auch mal etwas lernen, den Genuss und die Genussfähigkeit über alles stellen und dazu hin noch einigermaßen im Einvernehmen mit den anderen Menschen, Ländern, Kontinenten, Gesellschaften und so weit als möglich umweltverträglich leben. Und wir wollen dies nicht als bloße Objekte, also als Spielball anonymer globaler Kräfte, sondern wir wollen im Rahmen des Möglichen Subjekte bleiben, welche vielleicht nicht gerade über jeden Sekundenbruchteil der eigenen Existenz selber bestimmen, aber die immerhin verstehen, was da so abgeht, woher die Kröten kommen und die Güter des täglichen Bedarfs und weshalb die einen Menschen im Jahr 50 Mio. Euro verdienen und die anderen mit Hartz IV nur gerade 5000. Ja, solche Sachen möchten wir verstehen, und wir möchten sie gerne auch verbessern. Das ist wohl ziemlich logisch. Und in dieser Beziehung, also beim Verstehen, um etwas zu verändern, hilft uns nun die Politik bzw. die PolitikerInnen in keiner Art und Weise, indem sie effektiv so etwas wie die verkörperte Denkstörung selber darstellen.

### **Komplizierte Welt, einfache Menschen**

Also haben wir schon mal festgehalten, dass zwar die Gesellschaft oder das System eine wirklich bewundernswerte Vitalität und Flexibilität an den Tag legt, nicht dagegen unsere Theorien und Modelle davon, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Diskrepanzen zwischen internationaler Verflechtung, den Marktmechanismen und der zum Teil noch regionalen und nationalen Wahrnehmung immer größer werden. Der moderne Mensch läuft Gefahr, sich mit seinen Gedanken über die moderne Gesellschaft in der modernen Welt grausam zu verheddern, sofern er nicht ganz blöde oder borniert ist. Überkommene Vorstellungen und Praktiken aus einer Welt der Vollbeschäftigung und Industrialisierung kollidieren mit neuen sozialen und produktiven Realitäten, die makroökonomischen Gleichungen, die ohnehin noch nie gestimmt haben, stimmen erst recht nicht mehr, oder noch

absurder: Sie beginnen teilweise zu stimmen, und zu alledem sehen sich die modernen Gesellschaften in der modernen Welt einem ungeheuren Druck ausgesetzt von den Migrationsströmen aus den armen Ländern des Südens einerseits, vom durch und durch unbelehrbaren Anspruch auf Wahrheit und Weltherrschaft nicht nur der Islamisten, sondern des Islams insgesamt andererseits – sind das etwa auch verkappte Christen? Mit anderen Worten: Der moderne Mensch, sofern er sich überhaupt noch Gedanken macht über die moderne Gesellschaft in der modernen Welt, hat es nicht einfach, ausser er machte es sich einfach und würde zum Beispiel einfach die Welt allein unter dem Aspekt des Marxismus/Leninismus anschauen, wovon ich dringend abräte, denn damit drohte der moderne Mensch seiner Modernität weitgehend verlustig zu gehen. (Das sollte jetzt aber niemanden davon abhalten, etwa Karl Marx mit Genuss und Belehrung zu lesen.) Er kann aber auch als sein eigener Dorf- oder Haus- oder Individualpfarrer schwadronierend durch sein eigenes Leben ziehen, und falls er Journalist und Publizist ist, wird er diese Schwadronen sogar Geld bringend veröffentlichen.

Wie auch immer: Der wirklich moderne Mensch hat es nicht einfach. Es ist mit Sicherheit ein Charakteristikum dieser Gesellschaft, ob sie nun postindustriell genannt wird oder eine Kommunikationsgesellschaft oder wie auch immer, dass sie einen derartigen Grad von Ausdifferenzierung aufweist, von Zersplitterung in Tausende von neben- und miteinander existierenden Systemen, dass eine richtig umfassende systematische Analyse, wie sie in einen durchschnittlichen modernen Kopf hinein passen würde, im Moment weder existiert noch vielleicht überhaupt existieren kann. Bloß ein paar Grundwerte und Instrumente liegen vor, deren sich die moderne Welt allerdings dann mit einer Selbstverständlichkeit bedient, als wären es eigentliche Naturelemente. Geld ist zum Beispiel eines dieser Instrumente, welches ohne Zweifel alles Inkommensurable messbar gemacht hat zum einen, zum anderen den Weg ebnet zum internationalen Austausch zunächst und anschließend zur maximalen globalen Konzentration der Produktion, welche ihrerseits ein Kernelement des oben genannten allgemeinen Wohlstandes ebenso sehr wie der heutigen Problemlage darstellt: Wohin mit all den Menschen, wenn man sie nur noch als Konsumenten und nicht mehr als Arbeitskräfte verwenden kann? Und dies in einem System, wo Arbeit die wichtigste Einkommensquelle darstellt?

In der Tat hat dieses auf der Arbeit bzw. auf der Ausbeutung der Arbeitskraft beruhende System sich so weit entwickelt, dass es besagte Arbeitskraft inzwischen am Laufmeter aus dem Produktionsprozess ausspuckt. Allerdings beweist es dabei gleichzeitig, dass es kein «reines» System gibt, und auch nie gegeben hat, dass also auch das System der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital niemals der-



art systematisch rein auftrat, wie dies in der marxistischen Arbeiterschulung gerne gelehrt wurde; heute ist wie gesagt kaum mehr jemand in der direkten Produktion tätig, aber die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung geht Beschäftigungen nach, welche nach exakt dem alten Muster von Lohnarbeit und kapitalistischer Organisation eingerichtet sind. Wenn ein entsprechender Konsens existierte, könnten sie sich auch wieder an spätmittelalterliche handwerkliche Produktionsweisen machen, solange im Hintergrund die globale Produktionsmaschine vor sich her brummt, der Unterschied wäre minim. Immerhin zeigt sich bei solchen Überlegungen, dass die aktuelle Wirtschaftswelt möglicherweise eher einem Wirtschaftsspiel gleichkommt als einer Veranstaltung mit den handfesten und realen Produktivitätskennzahlen, von denen ausnahmslos alle Unternehmen mindestens viermal jährlich herumtrotten, mindestens für den Großteil der modernen Menschen in den modernen Gesellschaften der modernen Welt.

Wer aber ginge nicht gerne ins Theater!, und erst noch, wenn sie oder er dabei eine Rolle spielt, egal, ob sie klein ist oder etwas größer, Hauptsache, jeder und jedem kommen alle paar Jahre mindestens jene 15 Minuten Aufmerksamkeit zu, von der in einem anderen Kontext Andy Warhol gesprochen hatte, und das ist, bei Gott, nun auch wieder vierzig Jahre her. Dazu kommt, dass ich mit diesem Theaterargument eigentlich nur zum Ausdruck bringen will, dass mit den verschiedenen gängigen Modellen zur Erklärung oder Interpretation der Welt viel Theaterdonner erzeugt wird, dass aber die wirklichen Verhältnisse den Eindruck machen, als wären sie zunehmend verschleiert. Wahrscheinlich liegt das eben einfach daran, dass die modernen Gesellschaften zunehmend komplexer geworden sind – die globale Arbeitsteilung bringt Differenzierungen (in einem bürgerlichen Wort: Freiheiten) mit sich, deren Ausmaß die Menschen nur unter dem Rubrum des Selbstverständlichen überhaupt zu fassen vermögen, sonst würde es ihnen nämlich den begrifflichen Hut lüpfen. Das heißt nicht, dass die älteren Gesellschaften nicht auch ihre Unterschiede gekannt hätten; aber diese standen in relativ schroffen Oppositionen zueinander, meistens im Rahmen von klaren Machtverhältnissen, während bei uns die Differenziertheit und die Koexistenz geradezu ein Markenzeichen des Entwicklungsstandes ausmachen. Ein Idiot, wer heute noch nationalistische Heimsuchungen empfindet, diese Diagnose steht fest. Auf der anderen Seite ist die Suche nach so etwas wie Heimat oder Wurzeln gerade in immer weiter differenzierten Gesellschaften nichts als verständlich, und nicht alle Menschen können sich mit dem Hinweis abfinden, dass halt auch solche Wurzeln und Heimaten immer differenzierter werden und mit Nationalstaaten und einem bestimmten Stück Landes nicht mehr zwingend verbunden sind; und noch viel weniger Leute werden begreifen, dass alles darauf hinweist, dass die

einzig wirkliche Heimat des Menschen und der Menschen insgesamt halt eben nur der Mensch bzw. die Menschen sind: Jene Gemeinschaft, in der sich das Individuum in den verschiedenen Phasen seiner Existenz bewegt und entfaltet, und das können beileibe völlig unterschiedliche Orten und Gesellschaften sein.

Wie auch immer: Angesichts der Komplexitätsvermutung könnte man sich nun daran machen, trotz allem einen Einstieg in die anscheinend geheimen Gesetze und Grundlagen der modernen Gesellschaften zu suchen, selbstverständlich frei von allen Vorurteilen und vor allem frei von allen Theorien aus längst untergegangenen Zeiten, auch wenn sie noch so schön sind und wenn ihre Verfasser noch so intelligent und integer waren. Nein: Unabhängig und vorurteilslos müsste ein solches Unterfangen schon sein, und man kann ruhig davon ausgehen, dass es in irgend einer näheren Zukunft wieder mal unternommen wird, vielleicht mit der freundlichen Unterstützung einer wirklich neuen sozialen Bewegung, welche sich weder nationalistisch geriert noch die ausgelutschten Parolen der unterdessen pensionierten Revolutionäre aus dem Mai 68 nachbetet. (Mit anderen Worten: In Widersprüchen denken heisst nicht, immer in denselben Widersprüchen zu denken.) Im Moment aber und für dieses Papier will ich mich darauf beschränken, einen ganz anderen Schritt vorzuschlagen, nämlich einen höchst realistischen, pragmatischen und eigentlich längst überfälligen Schritt für die modernen Menschen in den modernen Gesellschaften der modernen Welt: Machen wir endlich Ernst mit den Menschenrechten im plattesten Wortsinne, führen wir mit dem Recht auf Unversehrtheit auch das Recht auf ein anständiges Grundeinkommen ein, das allen Menschen in den modernen Gesellschaften dieser Welt bedingungslos und ohne jede Bürokratie zusteht und ihnen ganz simpel am Ultimo jeden Monats überwiesen wird wie eine normale Lohnzahlung.

## **Ein kleiner Schritt: das Grundeinkommen**

Es handelt sich bei diesem Vorschlag um eine Idee, die nicht neu ist, deren Stunde jetzt aber wirklich reif geworden ist, nämlich um ein allgemeines, bedingungsloses (und ausreichendes, sonst wäre es ja keines) Grundeinkommen für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landes. Dieses Grundeinkommen umfasst mindestens jenen Geldbetrag, der es den Menschen erlaubt, ihre vitalen Bedürfnisse im Bereich Nahrung, Wohnung, Kleidung, aber auch der kulturellen und sozialen

Betätigung zu befriedigen. Es ist also ein Existenzminimum in einer modernen Variante, welches eingerichtet wird als Existenzgarantie, als Grundrecht, gleichwertig mit den anderen Grundrechten auf Meinungsfreiheit usw., als Menschenrecht wie alle anderen Menschenrechte auch; denn in der Tat: Was soll ein Menschenrecht, das nicht ausgeübt werden kann, weil der ihm zugehörige Mensch gerade verhungert? Oder, in einer moderneren Form: Weil der Träger des Menschenrechtes sich nicht getraut, sein Menschenrecht auszuüben, weil er seine Existenz davon bedroht sähe?

Nochmals: Das Grundeinkommen ist allgemein und wird an alle ausgerichtet, egal, ob Millionäre oder Clochards, ähnlich wie die Schweizer AHV, mit dem Unterschied, dass es keinen Beitragsnachweis braucht, sondern nur den Wohnsitznachweis; auch sonst entfallen sämtliche Bedürfnisprüfungen, wie sie auf den Sozialämtern zum Teil liebevoll und detailreich durchgeführt werden und zum Teil, mindestens in den städtischen Gebieten, aus verständlichen Gründen ohnehin weitgehend zur bloßen Routinehandlung verkommen sind. Damit diese Überprüfung definitiv entfällt, muss es eben an alle ausgerichtet werden; damit gibts auch keine Hemmschwellen mehr vor der Einlösung des Anrechtes. Wer genug verdient, muss einen angemessenen Teil seines Lohnes (in etwa in der gleichen Höhe) einfach wieder an die zuständige Kasse abführen.

### **Für alle...**

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, für alle, ohne Gegenleistung, verlangt an und für sich nichts weiter als eine kleine Umstellung im Kopf und damit eine etwas grössere Umstellung im Luft- und Geistesraum. Aber auch hier geht es erneut (wie beim Abschied von der kapitalistischen Industrieproduktion) um nichts anderes als um die Anerkennung längst bestehender und weitgehend unbestrittener Tatsachen und Verhältnisse. Denn auch wenn wir auf der einen Seite ein anhaltendes Gejaule und Gejammere über den misslichen Zustand der öffentlichen Finanzen hören, welches zum Teil noch verstärkt wird durch das irrationale Gekläff geifernder Idioten über «Sozialschmarotzer» und ähnliche Absurditäten, so ist doch eine unumstößlichen Tatsache, dass in den modernen Gesellschaften im Normalfall längstens kein Mensch mehr verhungert, verdurstet oder erfriert. Und das ist auch richtig so. Ein Idiot, wie gesagt, oder noch besser: ein Charakterschwein, wer den Bezüchern von Sozialhilfe, also des Existenzminimums, diese Unterstützung vorwirft und missgönnt. Ein einfacher Trottel dagegen ist und darf sich nennen, wer solche Leistungen gut meinent auf die angeblich Bedürftigen reduzieren will. In der heutigen Gesellschaft mit den raschen

Umstellungen wird rasch einmal jemand bedürftig, ihre Zahl nimmt endemisch zu, so dass am Schluss ein Apparat zur Bedürfnisprüfung und Kontrolle viel teurer zu stehen kommt als die bedingungslose Ausrichtung des Geldes. (Allerdings entfällt dann die Figur des gutmütigen Spenders, wohl wahr.) – Elend und Armut gibt es auch bei uns immer noch, das ist unbestritten, aber es sind in der Regel nicht mehr direkt materielle Nöte, die reine Existenz ist in den fortgeschrittenen Gesellschaften dieses Planeten seit Jahrzehnten stabil gesichert, zum Teil durch effiziente Systeme und zum Teil durch verworrene Mischungen aus privaten und halböffentlichen Institutionen und familiären Beziehungen, aber gesichert ist sie. Insofern sind weite Teile des Grundeinkommens bereits eine lebendige Realität in unseren Gesellschaften; es geht jetzt darum, sie zu sichern, zum allgemeinen, unumstößlichen Recht zu erheben und sie strukturell festzuschreiben in der möglichst einfachsten Form, das heisst ohne weitere Anspruchsprüfung oder Kontrollmechanismen, als einheitliches Bezugsrecht für restlos alle, Arm und Reich, Alt und Jung. Und natürlich kommt gleich hinterher die Auseinandersetzung darum, wie hoch denn letztlich ein solches Grundeinkommen sein müsste, und es geht um die Finanzierung und, und, und.

Also, nochmals: Das Grundeinkommen wird nicht allfälligen Bedürftigen ausgeschüttet; es gibt nämlich zum Vornherein gar keine Bedürfnisprüfung. Jedermann und jede Frau erhält von Geburt weg bis zum Tod ein Grundeinkommen, das ihr oder ihm ein unabhängiges, freies Leben sichert, egal ob sie/er Millionär ist oder Bettler, egal, ob sie ein Einkommen haben bzw. über ein Vermögen verfügen oder nicht. Das Grundeinkommen wird ganz ähnlich eingerichtet wie die schweizerische AHV. Es ist allerdings keine Sozialversicherung mehr, obwohl es die bestehenden Sozialversicherungen in gewissen Kernbereichen ablöst; vielmehr ist das Grundeinkommen ein Menschenrecht, wie wir oben erwähnt haben, und wird als solches unteilbar für alle Bürgerinnen und Bürger (im republikanischen Sinn, nicht im Sinn des Passbüros) konzipiert. Mit anderen Worten: Mit dem bedingungslosen und ausreichenden Grundeinkommen wird in der modernen Gesellschaft die Armut abgeschafft. Punkt. Schluss.

### **...in ausreichender Höhe**

Und wie soll das nun bezahlt werden?, lautet die berechtigte Frage, da wir ja immer noch vom Status quo sprechen, also noch keinerlei anderweitige Wirtschafts- oder Steuerreformen vorgenommen haben. Das kommt nun etwas drauf an, für welches Modell man sich entscheidet. Im Prinzip kann man zwischen zwei Möglichkeiten wählen: Es gibt eine negative Einkommenssteuer, bei der man von einem gewissen steuerbaren Minimum an Geld vom Steueramt herauskriegt. Dann gibt es die klas-

sische Variante, die sogenannte Sozialdividende, welche einerseits durch die bisher in der Sozialversicherung angefallenen Beträge alimentiert wird, ergänzt durch eine direkte oder indirekte Besteuerung; und ich selber schlage hier ein drittes Modell vor, das sich eben eng an die AHV anlehnt und sich sogar dieser Kasse selber bedient, allerdings im Wesentlichen nur eine Variante der Sozialdividende darstellt.

Zuvor weise ich darauf hin, dass die Anhänger des klassischen Grundeinkommens, eben der Sozialdividende, davon ausgehen, dass das Grundeinkommen zusätzlich zu den bestehenden Einkommen ausgerichtet wird und dann über eine höhere Steuer wieder hereingeholt wird. Sie versprechen sich von dieser Art der Finanzierung zusätzlich einen Effekt einer angeblichen sozialen Gerechtigkeit, indem nämlich mit einer direkten progressiven Einkommensbesteuerung die oberen Einkommensklassen proportional mehr am Grundeinkommen finanzieren als die unteren. Ich selber halte dies für eine weitere überholte Formel, die ihre Richtigkeit längstens eingebüsst hat, aber aus Gedankenfaulheit immer wiederholt wird. Nämlich sind die wirklich oberen Einkommen, die Einnahmen von Menschen, welche Millionen verdienen und Milliarden besitzen, längstens von jeglicher Einkommenssteuer befreit. Hier hat schon vor Jahren eine degressive Steuerbelastung in Richtung null stattgefunden. Zum zweiten sind mindestens bei den aktuellen Steuersystemen so ziemlich zwei Drittel aller Einkommensklassen in der obersten Steuerprogression. Wir haben also de facto eine Flat Tax. Von sozialer Gerechtigkeit kann hier keine Rede mehr sein, abgesehen davon, dass dieser Terminus in sich völliger Bruch ist (wer bestimmte denn den Grad an Gerechtigkeit sozialer Ungleichheiten?). Da würden wir vermutlich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer noch fast vorziehen; solche Modelle stehen international ebenfalls zur Debatte; so wurde zum Beispiel in Südafrika vor wenigen Jahren ein entsprechender Gesetzesentwurf nur knapp abgelehnt. Ich selber stelle mir das anders vor.

### **Finanzierung über Steuern...**

Unabhängig von der gedankenfreien Floskel einer sozialen Gerechtigkeit stellt die Finanzierung über Steuererhöhungen ganz selbstverständlich eine voll gültige Alternative dar, die nach meinen Beobachtungen auch von einer Mehrheit der Grundeinkommensvertreter verfochten wird. Man kann sich zum Beispiel vorstellen, die gesamte Finanzierung finde rein über die Mehrwertsteuer statt (was ich aus dem Grunde nicht so gerne tue, weil im Moment alle politischen Raubtiere auf dem Sprung nach einer Anpassung der schweizerischen Mehrwertsteuer auf die Niveaus des europäischen Umfelds sind, obwohl niemand das offen zugibt; aber

die Verteilkämpfe hinter den Kulissen sind in vollem Gang, und hier möchte ich eigentlich nicht noch Öl ins Feuer schütten (und auch keines auf irgendwelche Wogen, um die Möglichkeiten grad voll auszureizen, welche das Bild anbietet)). Würde man auf dieser Schiene finanzieren, wäre der Effekt dann in etwa jener, dass eine Anhebung um etwa 10 Prozent einen Konsum von 100 000 Franken mit etwa 10 000 Franken mehr belasten würde, während er auf der Grundeinkommenseite 20 000 Franken zusätzlich in die Kassen spülen würde – eines jener Wirtschaftswunder, von denen nicht nur die Phantasie, sondern auch die reale Welt ganz gut lebt. (Davon abgesehen kann eine Mehrwertsteuererhöhung ja nicht einfach inflationsfrei auf die Preise überwältzt werden, und so weiter, und so fort.)

Es wäre auch denkbar, ein Grundeinkommen über eine Art von Sondersteuer zu finanzieren, die absurderweise auch noch als Lenkungssteuer eingerichtet werden könnte, also z.B. auf Energie usw.; aus begrifflichen Gründen wäre ich in diesem Fall jedoch ein vehementer Befürworter einer reinen Grundeinkommenssteuer – da weiß man, was man hat und wo das hingehet, und man braucht sich keine Gedanken zu machen über die politischen Kuhhändler, die bei entsprechenden Anpassungen der Grob- und Feinmechanismen jeweils über die Bühne gehen, aber hinter den Kulissen (gerade bei Lenkungsabgaben ist die Trennung von Erhebungs- und Verwendungszweck oft eine Quelle fataler Probleme).

Für die große Mehrheit der Bevölkerung handelt es sich so oder so um ein Nullsummenspiel: Was man erhält an Grundeinkommen, wird vom bestehenden Einkommen wieder abgezwickelt. Nach unten aber hält die Sicherung dicht.

### **...oder durch Verrechnung**

Um aber all diese Verschiebungen in der Gesamtrechnung einzusparen, bleibe ich bei meinem Modell. Nämlich gehe ich davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zunächst unverändert ihre Arbeit zu den aktuellen Bedingungen weiter ausführt. Solch eine Lösung ist schon rein begrifflich optimal: Wir ändern alles, und es verändert sich überhaupt nichts. (Auf die effektiven Veränderungen komme ich später zurück.) Damit hier nicht ein Inflationsdruck entsteht durch die zusätzliche Ausschüttung einer Geldmenge von (auf die Schweiz berechnet) etwa 10 Mrd. Franken pro Monat (12mal jährlich), verrechnen wir ganz einfach die bestehenden Löhne mit dem Grundeinkommen. Und zwar geht das so: Wer 6000 Franken im Monat verdient, erhält sein Grundeinkommen von, sagen wir einmal 2500 Franken von der Ausgleichskasse am gleichen Tag wie den Lohn. Der Arbeitgeber richtet zur gleichen Zeit die Lohnsumme minus 2500 Franken aus. Den

Betrag von 2500 Franken überweist er zum gleichen Zeitpunkt an die Ausgleichskasse. Damit haben wir einerseits dem Prinzip Gerechtigkeit widerfahren lassen, andererseits ändert sich dort überhaupt nichts, wo sich auch nichts ändern muss und soll (mindestens nicht im Rahmen dieser Umstellung). Somit bleiben nur noch zwei Fälle zu regeln: Die Grenzfälle mit Einkünften unterhalb des Grundeinkommens sowie ein gewisser Betrag, der über das Grundeinkommen hinaus unbesteuert oder fast nicht besteuert zusätzlich durch Arbeit oder Kapitaleinkommen erzielt werden kann. Der zweite Fall ist jener, wo in der klassischen Kleinfamilie zwei oder mehr Menschen von einem Einkommen leben. Hier ist eine Form des Splitting denkbar. Es ist aber auch denkbar, dass man die bisherige Lohnauszahlung, ganz einfach als ungerecht erklärt. Dies verursacht bis zum reibungslosen Funktionieren gewisse zusätzliche Abläufe, wird sich aber schnell einspielen.

In diesem Modell entstehen also zunächst keine wesentlichen Mehrkosten, da die bestehenden Arbeitseinkommen selber zu 100 Prozent zum Ausgleich des Grundeinkommens herbeigezogen werden. Die Differenz deckt man mit jenen Geldern, die bisher in der Sozialversicherung zum Einsatz gekommen sind, das heisst namentlich die Fürsorgegelder, aber auch die Lohnbestandteile bis zum Betrag des Grundeinkommens, welche über die Arbeitslosen-, die Unfall- und die Invalidenversicherung geleistet wurden; ohnehin dazu gehören AHV und Ergänzungsleistungen. Unter das gleiche Kapitel fallen aber auch sämtliche Stipendien; es gibt logischerweise ab sofort keine Stipendien mehr. Die Einkommen in der Landwirtschaft sind bereits jetzt grundeinkommensähnlich. Soweit es sich nicht um Produktionsbeiträge handelt, entfallen in Zukunft auch sämtliche KünstlerInnen-Fördergelder. Durch die Abschaffung verschiedener Zweige der Sozialbürokratie werden nochmals Gelder frei, die ebenfalls für die Deckung des Grundeinkommens verwendet werden können. Aus all diesen Massnahmen sollte zunächst einmal ein kostenneutrales Modell in der Höhe von rund 2500 Franken pro Person und Monat entstehen.

### **2500 Franken sind nicht zuviel**

Diese Zahl ist für eine einzelne Person nicht eben hoch. Sobald sich jedoch zwei und mehr Personen zusammenschliessen, sei es im Rahmen einer Ehe oder einer WG oder sonst einer Zweckgemeinschaft, erhöht sich das Kaufkraftpotenzial beträchtlich. Und nicht vergessen: Bis zu einem gewissen Grad kann man dazuverdienen, ohne allzu viel vom Zusatzverdienst abgeben zu müssen (z.B. 500 Franken im Monat netto frei, dann progressiv anrechenbar bis zum Sockel von Fr. 4000 pro

Person). Gelegenheits- und Zeitjobs werden so plötzlich recht attraktiv. Dies sage ich hier nicht, um die 1-Euro-Jobs zu verteidigen, die ich eine völlige Blödheit finde und vor allem absolut ungeeignet, um der Wirtschaft irgendwelche Impulse zu geben. Ich sage dies im Hinblick auf kleine neue Initiativen, wie sie ganz nahe bei den Menschen sind und unmittelbar aus ihren persönlichen Interessen und Fähigkeiten entstehen, auch kommerzieller Art, die ja bisher oft daran gescheitert sind, dass die Menschen schlicht und einfach die Lohnkosten nicht aufbringen konnten, welche zu Beginn notwendig wären und innerhalb von kürzester Zeit das gesamte Gründungskapital wegfressen. Daneben mag es ein paar Billigjobs geben, mit denen sich die oder der eine oder andere zwischendurch mal die Bilanz aufschönt; aber es ist doch noch ein fundamentaler Unterschied zwischen der Verpflichtung oder dem Schicksal, von solchen Jobs zu leben zum einen und auf der anderen Seite der Möglichkeit, ab und an mal hier finanzielle Ergänzungsleistungen zu erbringen. Wirklich: ein fundamentaler Unterschied. Das ändert auch den Charakter solcher Arbeiten von Grund auf bis hin zu den Arbeitsbedingungen.

Einen Aspekt will ich hier nicht vertiefen, aber doch immerhin erwähnen: Viele wünschbare oder mindestens theoretisch «schöne» Aktivitäten werden in unserer Gesellschaft nicht mehr ausgeübt, weil die entsprechenden Lohnkosten schlicht und einfach zu hoch sind. Dies gilt für den Sozialbereich ebenso wie für gewisse handwerkliche Sparten. Im Sozialbereich besteht natürlich der Konflikt mit dem gewerkschaftlich organisierten Personal, welches hier seinen Haupterwerb erzielt und dafür oft auch gut qualifiziert ist; dieser Aspekt der Debatte greift, mit anderen Worten, in die Verteilungskämpfe um die Staatsausgaben ein, und ich möchte dies weder auf die eine noch auf die andere Seite instrumentalisiert wissen. Das Grundeinkommen soll nicht zur Entstehung einer Kaste von BilligarbeiterInnen führen. Aber es soll den Bereich der finanziell realisierbaren Freiräume und kreativen Tätigkeiten erhöhen.

Und wenn wir gerade dabei sind, will ich zu diesen kleinen Initiativen (ich denke z.B. an einen Spunten, aber es kann natürlich auch ein kleiner Handwerkerbetrieb sein, eine Lederschmiede, was weiß ich) noch die Bemerkung anfügen, dass ich mir nicht die Kleinheit zum Programm machen möchte, und ich halte dies auch für die modernen Menschen in den modernen Gesellschaften nicht für angemessen. Vielmehr halte ich Organisationen im großen Stil für interessant, erstrebenswert und für wichtige Experimentierfelder. In solchen Organisationen besteht dann unter dem Machtaspekt auch ein viel größeres Potenzial. Wie man multinationale Organisationen und Unternehmen in den Griff bekommt – dazu sagt das Grundeinkommen natürlich überhaupt rein gar nichts aus.



## **Organisation**

Die Ausrichtung des Grundeinkommens setzt zunächst die Erfassung als EinwohnerIn voraus, bei der Geburt oder nach der Zureise (ab welchem Zeitpunkt die Zugereisten, egal ob StudentInnen oder ausländische ArbeiterInnen, eine Bezugsberechtigung haben, bleibt abzuklären; vermutlich gibt es eine Frist von 1 bis 2 Jahren, wenn nicht für gewisse Teilbereiche wie z.B. Studiengänge Abkommen mit anderen Staaten geschlossen werden), und dann anschließend eine Bank- oder Postcheckverbindung. Die technische Abwicklung erfolgt, da sie sich bewährt hat und bereits alle Vorgaben und Praxiserfahrung bei der Auszahlung einer allgemeinen Rentenleistung verfügt, über die bisherige AHV. Diese Kasse erhält gemäss dem vorgestellten Modell die Lohnanteilüberweisungen der Arbeitgeber; die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge werden entweder in eine separate Abgabe zusammen gefasst, welche den bisherigen Leistungen entspricht, oder aber gestrichen und durch ein anderes Finanzierungsgefäß ersetzt (direkte Steuer, Mehrwertsteuer, Separatabgabe). Die Zusammenfassung der zum Teil bereits funktionierenden Geldströme (z.B. landwirtschaftliche Direktzahlungen, kantonale Stipendien usw.) und der entsprechenden Kassen in eine einzige ist eine prioritäre Aufgabe im Dienste der Vereinheitlichung und Transparenz. Die aus den Vereinheitlichungen frei gewordenen Gelder im administrativen Bereich (auf den 3 Stufen Bund, Kantone und Gemeinden) fließen gemäß korrekten Berechnungen als Leistungen dieser 3 Ebenen ebenfalls in die Kasse. Die Einzelheiten der Umsetzung können hier nicht ausführlich dargelegt werden, das versteht sich von selber; es geht nur darum zu zeigen, dass eine solche Umsetzung wirklich mit absolut geringen Übergangszeiten realisiert werden kann (wenn nur der politische Wille bzw. der Druck der Bevölkerung genügend hoch sind).

Dagegen ist ein Wort zu den herkömmlichen Lohnausfallversicherungen am Platz. Ich habe oben vom Grundeinkommensteil der Arbeitslosenversicherung gesprochen und lehne mich auch hier an ein existierendes Modell der Sozialversicherung an, nämlich an die schweizerischen Krankenkassen, und zwar nicht weil diese so teuer sind und jährlich Wachstumsraten von 5–10% aufweisen, sondern weil hier getrennt wird zwischen obligatorischer Grundversicherung und den Zusatzleistungen. So stelle ich mir dies auch vor bei den zukünftigen Sozialversicherungen über das Grundeinkommen hinaus. Die das Grundeinkommen übersteigenden Lohnbestandteile, egal ob für die Arbeitslosen- oder die Unfallversicherung, werden in einem auf dem privaten Versicherungsrecht beruhenden Kollektivvertrag separat versichert. Hier kommt übrigens auch die Rolle der Gewerkschaften wieder ins Spiel, die ja mit der Grundsicherung einen Teil ihrer Existenzberechtigung verlieren – nämlich jenen

zunehmend antiquarischen Teil der Mindestlöhne und den Schutz jener Teile der arbeitenden Bevölkerung, welche aus verschiedenen Gründen Working Poor genannt werden; von diesen Betätigungsfeldern sollten sich die Gewerkschaften im eigenen Interesse so schnell wie möglich zurückziehen, auch auf der argumentativen Ebene, und stattdessen beginnen, verstärkt auf qualitative Argumente zu setzen, das heißt, das Recht der einfachen Menschen auf vollwertige Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und in erster Linie an den Entscheidungen einzufordern; dafür sind dann wiederum umfangreiche Bildungs- und Emanzipationsinitiativen vonnöten, wie wir sie gerne einmal nicht nur auf dem Programm, sondern auch in der täglichen Praxis der Gewerkschaften aufscheinen sehen würden. Da müssten die Arbeiteruniversitäten aber wirklich anders aussehen, mein lieber Schwan. – So oder so eröffnen sich den Gewerkschaften hier, im sogenannt überobligatorischen Teil, neue und ebenso wichtige Tätigkeitsfelder wie bisher; sie haben also keinen Grund, um ihre Existenz zu zittern.

Ein Wort in diesem Zusammenhang zum Lohndumping. Selbstverständlich ermöglicht ein Grundeinkommen verschiedenen Unternehmen und UnternehmerInnen, Arbeitskräfte zu tiefen Löhnen anzuheuern. Der Punkt ist hier einfach der, dass diese Arbeitskräfte zum ersten Mal in der Geschichte eine eigene Entscheidungsfreiheit haben, indem sie auf die entsprechenden Tätigkeiten nicht zum vornherein und existenziell angewiesen sind. Wo es sich um Aktivitäten handelt, welche eine gewisse Qualifikation voraussetzen, dürfte der Markt sowieso weiter spielen wie bisher. In den unqualifizierten Bereichen ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Leute nicht mehr massiv in diese Sektoren strömen, mindestens gleich hoch, wie dass die Situation ausgenutzt wird. Eben: Weil das wesentliche Erpressungselement entfällt und auch nicht von reaktionären PolitikerInnen oder paternalistischen Fürsorgebehörden indirekt geltend gemacht werden kann, dürfte sich die Lage hier nicht besonders verschlechtern. Höchstens, dass der paternalistische Schutz durch eine zentrale Gewerkschaftsorganisation ebenfalls entfällt – aber das nehmen wir im Zeichen des Fortschrittes wohl gerne in Kauf. – Daneben mag das Grundeinkommen im Gegenteil dazu führen, dass gewisse ungeliebte und unangenehme Arbeiten nur noch gegen höhere Bezahlung entrichtet werden. Solche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden sich in der einen oder anderen Form zwangsläufig einstellen; es erscheint mir völlig unmöglich, hierzu genaue Angaben zu machen, der Verweis darauf, dass dieses System schon viel verrecktere Sachen verdaut hat, muss hier erneut genügen. – Und dann gibt es einen gewissen Bereich von wirtschaftlichen Aktivitäten, welche durch das Grundeinkommen ermöglicht werden, die sonst nicht entstünden, eben weil die Löhne zu hoch wären, oder in einem gewissen Ausmass allenfalls in Billiglohnländer abwandern täten; ich halte solche

Beschäftigungen wie gesagt für wirtschaftlich nicht besonders sinnvoll, aber solange sie freiwillig erledigt werden und so vielleicht insgesamt eher einen therapeutischen Zweck erfüllen als einen wirtschaftlichen, will ich mich auch nicht dagegen sträuben.

## Elemente aus der Diskussion

### Liberaler Argumente

Für Menschen, die sich das Denken in wirtschaftsliberalen Kategorien gewohnt sind, hier der Hinweis, dass erst mit der Einführung des Grundeinkommens eine wirkliche Vertragsfreiheit hergestellt wird, dass also der Verkäufer oder die Verkäuferin der Ware Arbeitskraft zunächst überhaupt mal die Wahl hat, eine Arbeit auszuschlagen; denn es ist daran auch außerhalb von Zeiten der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung nicht mehr die implizite Drohung des Verlustes von Subsistenzmitteln oder sozialem Status verbunden, auch wenn Letztere natürlich fortwirken wird. Aber immerhin.

Dies ist ein systematischer Ansatz, der allerdings nicht bei allen Liberalen auf offene Ohren stoßen wird, ebenso wenig wie der Hinweis darauf, dass ererbte Vermögen und Privilegien grundsätzlich ebenfalls eine Systemungenauigkeit einer liberalen Marktwirtschaft darstellen und dementsprechend, wenn nicht ganz abgeschafft (unter dem Titel des Privateigentums lassen sich hier wohl noch ein paar Argumente für die Fortführung der Vererbungspraxis finden, einmal abgesehen davon, dass bei uns unterdessen schon breite Teile der Bevölkerung effektiv etwas zu vererben haben jenseits ihrer Gene), so doch immerhin besteuert gehören täten, während die bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren die Erbschaftssteuer in verschiedenen Kantonen geschliffen haben. Aber dies nur am Rande und als Hinweis darauf, dass wohl kaum all jene, die sich Liberale nennen und empfinden, auch tatsächlich die Prinzipien des Liberalismus hoch halten.

Immerhin ist es auch den Liberalen kaum entgangen, dass zu den BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens auch ganz unverdächtige Leute zählen, nicht zuletzt insgesamt 5 Wirtschaftsnobelpreisträger (und zwar nicht Anhänger der Planwirtschaft) und darunter allen voran die Galionsfigur des Neoliberalismus, nämlich niemand anders als Milton Friedman.

## **Mindestlohn und Armut**

Und dann noch ein Wort zur Höhe des Grundeinkommens: Wenn ich hier von 2500 Fr. pro Person und Monat spreche, so befinde ich mich auf der Kreuzung zweier Tendenzen. Zum einen versucht der Gewerkschaftsbund seit mehreren Jahren, die Mindestlöhne anzuheben; hier steht man im Moment, wenn es mir recht ist, bei rund 3300 Fr. Grundsätzlich will ich ja an der Dominanz des Arbeitseinkommens über ein Einkommen einfach so noch gar nichts ändern, wie ich jetzt seit hundert oder mehr Zeilen zu erklären versuche. Andererseits ist ja der Mindestlohn mit Sicherheit so konzipiert, dass er eben in etwa die Grundbedürfnisse abdeckt und dazu etwas Luft verschafft für einen wirklich kleinen Luxus (was ist schon Luxus bei 3300 Franken im Monat!); exakt die gleiche Überlegung liegt dem Grundeinkommen zugrunde, die beiden könnten somit theoretisch deckungsgleich sein (und werden dementsprechend manchmal auch verwechselt), wobei dann die Frage des Arbeitsanreizes sicher anders gestellt würde, mindestens für die bekannte Stereotypfigur der allein erziehenden Mutter. Aber wie auch immer –

Bei der sozialen Sicherung ist auf der anderen Seite der Druck im Moment enorm, zunächst wegen der Staatsfinanzen, dann aber vor allem vom Heer jener SVP-Politiker und ihrer WählerInnen, welche am meisten Lebensfreude dann verspüren, wenn sie auf den Bevölkerungsgruppen herumhacken können, welche noch schlechter gestellt sind als sie selber. Dementsprechend sinken die Zahlungen tendenziell, und die Auflagen für einen Vollbezug werden strenger, usw. usf. Man muss dies nicht ganz ernst nehmen, aber die Tendenz ist unverkennbar.

Drittens herrscht natürlich ein großes und vermutlich von allen Beteiligten beabsichtigtes Chaos, was die Begriffe angeht. Die Caritas spricht in einer Studie allen Ernstes von einer Million Armutsbetroffenen in der Schweiz – also wenn schon, dann müsste man sicher von 5 Mio. sprechen, denn nicht weniger werden sich darüber aufregen, dass es noch Armut gibt in der Schweiz. Wirkliche Armut, also einen echten Mangel an Kalorien oder die Existenz von Krankheiten wegen mangelnder medizinischer Versorgung usw. usf., ist dies nun aber nicht. Zudem ist es eine Tatsache, dass bei uns ganze Klassen von Produkten in den letzten zehn Jahren, eben als Folge der weltweiten Konzentration, Automation und Rationalisierung, welche uns Tausende von Arbeitsplätzen verlieren ließ, billiger geworden ist, und zwar zum Teil massiv. Das heißt, dass man heute mit gleich viel Geld durchaus mehr und bessere Waren kaufen kann als vor fünf oder zehn Jahren. Ich weiß, ich weiß, die Krankenkassenprämien steigen pro Jahr um 5 bis 10 Prozent (wobei es hier Krankenkassenvergünstigungen gibt), und die Mieten sind auch nicht wirklich billiger geworden, schon klar. Trotzdem sind weder Armut noch Teuerung solch fixe

Werte, als die sie oft gehandelt werden und im politischen Kampf eingesetzt werden. Notabene durchaus indirekt im Interesse der schwächeren Schichten der Bevölkerung, eben der einen Million Armutsbetroffenen zum Beispiel – aber im Interesse der Gesamtbevölkerung und somit prominent im Interesse der schwächsten Schichten wäre es mit Sicherheit, wenn man endlich mal einen klaren Diskurs führen würde, aufgrund dessen dann auch klare Bekenntnisse zu einer modernen Ausgestaltung der Gesellschaft mit einfachen Institutionen und Abläufen möglich wären. Davon abgesehen versteht es sich, glaube ich, sogar für die SVP-Hohlköpfe von selber, dass man im Prinzip nicht auf den minder Bemittelten herum trampeln sollte – denn da sind sie selber unmittelbar massiv gefährdet.

### **Kostenneutral?**

Als letzte Bemerkung zur Finanzierung ist der Hinweis am Platz, dass im hier vorgestellten Modell zwar von der sogenannten Kostenneutralität ausgegangen wird, d.h. es soll im Prinzip nicht mehr kosten als das bisherige System. Dies ist vor allem angesichts der herrschenden Sparwut in allen entwickelten Ländern geradezu ein Imperativ, obwohl ich die Sparwut durchaus nicht modern nennen möchte. (Eben: Den Hintergrund für die Sparübungen bei den Staatsausgaben bilden die Massen an Finanzkapital, welche von jeglicher Steuer befreit in x-facher Höhe des globalen Bruttoinlandproduktes um den Erdball schwappen. Sparen? Huch!) (Wobei ich relativieren muss und zugebe, dass das Steuersystem für die einfachen Leute natürlich eine andere Ordnungsfunktion hat als ein allfälliges System für die globalen Kapitalflüsse – ebenso wie die Debatte darüber; insofern ist die Polemik über das Finanzkapital geschenkt.) Nicht richtig berücksichtigt sind dabei die Dunkelziffern, also jene Menschen, die bereits im aktuellen System ein Anrecht hätten auf Leistungen, sie jedoch nicht beziehen; ihnen wird bei der Einführung des obligatorischen und bedingungslosen Grundeinkommens ihr Anteil natürlich automatisch zukommen.. Nicht berücksichtigt ist auch ein anderer Aspekt: Nämlich sollten sich die AnhängerInnen des Grundeinkommens nicht der Versuchung hingeben, das Grundeinkommen so tief wie möglich zu drücken, bloß damit die Kostenneutralität gewahrt ist. Um es in Erinnerung zu rufen: Wir sprechen hier unter anderem von der Existenzsicherung der materiell gesehen ärmsten Mitglieder der Gesellschaft. Wenn wir also schon wieder ganz unten zu sparen beginnen, wie wollen wir es denn je schaffen, dass auch die normalen Leute endlich im vollen Ausmass Teil haben am zwischenzeitlich erreichten Wohlstand der gesamten Gesellschaft? Wir benehmen uns immer noch, als müssten wir jeden Fünfer im Portemonnaie dreimal umdrehen. In der Praxis ist das aktuelle System in der Regel wohl deutlich weniger repressiv, als der offizielle Diskurs lautet, auch

wenn in der vergangenen Zeit verschiedene Sozialversicherungssysteme nach unten gewürgt worden sind. Aber trotzdem. Was soll das, bitteschön, den Leuten mit mickrigen 2500 Franken im Monat jetzt 100 Franken abziehen? Schämen sich die Vögel denn überhaupt nicht, die sowas auch nur unterstützen, geschweige denn fordern? Ich meine, ganz weit unten liegt doch jedem Gesellschafts- und damit auch jedem Wirtschaftssystem ein gewisser Vorrat an Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit zugrunde (ohne den es ja einen sogenannten Äquivalententausch und damit die gesamte Grundlage unseres Systems gar nicht gäbe). In der Regel ist übrigens dieser Vorstellungsschatz relativ eng verbunden mit Vorstellungen von Wahrheit. Die Einführung der Kategorie Wahrheit in den gesellschaftlichen Diskurs über soziale Sicherungssysteme hätte allerdings explosive Auswirkungen, gerade bei den Fachleuten im Sozialwesen. Was da alles zusammen gejamert wird, und zwar zu guten Teilen gegen besseres Wissen! – Aber eben, an diesem verlogenen Diskurs nimmt die andere Seite ebenfalls teil und trägt ihren Anteil, indem sie eben die übelsten Attacken gerade auf jene Leute reitet, welche sich kaum wehren können. Die Folge davon ist nur, dass sich das Heer der Spesenritter, welche als Samurais zu ihrer Verteidigung im Sozialbereich gut aufgestellt ist, immer weiter vergrößert. Ein weiteres und vor allem für liberal denkende Menschen vollends überzeugendes Argument für die Einführung des Grundeinkommens – schlicht: die Wahrheit.

Damit wäre bezüglich der Finanzierung zumindest geklärt, dass das Grundeinkommen locker einführbar ist, und zwar von heute auf morgen, allerdings nicht ohne Auseinandersetzungen,, zunächst deswegen, weil die Höhe des Grundeinkommens mit Sicherheit zum Dauerbrenner der politischen Kontroverse werden wird. Dabei sollte man sich immer vor Augen halten, dass die Sicherung der Grundbedürfnisse immer auch die Sicherung eines für die Gesamtwirtschaft grundlegenden Basiskonsums darstellt, welcher unter anderem sämtliche Infrastrukturen und Verteilkanäle mit finanziert. Die volkswirtschaftliche Bedeutung eines Grundeinkommens dürfte in dieser Beziehung kaum bestritten sein. Aber hier geht es natürlich um mehr als um Volkswirtschaft – hier geht es um Ideologie. Wer nichts arbeitet, soll auch nichts essen, das ist die tief in uns allen drinne sitzende Quintessenz, die so absolut nicht mehr passt zu der heutigen Zeit. Ausser, man würde den Begriff «Arbeit» neu definieren und zum Beispiel durch «Beschäftigung» ersetzen.

### **Niemand wird mehr arbeiten...**

Denn diese Frage muss natürlich angepackt werden. Der wichtigste Einwand gegen die Einführung des Grundeinkommens ist nämlich nicht die Finanzierung, sondern die wegfallende Beschäftigung auf zwei völlig gegensätzlichen Ebenen: Erstens wird

befürchtet, dass bei seiner Einführung in ausreichender Höhe die Hälfte der Bevölkerung den Pickel und den Griffel weg wirft und den Rest ihrer Tage besoffen am Straßenrand verbringt; zweitens wagen es die GegnerInnen zwar nicht so direkt zu sagen, aber sie fürchten sich doch davor, dass die Menschen in unseren Gesellschaften ein Leben mit einem Grundeinkommen allein gar nicht führen könnten; dass sie nicht in der Lage wären, individuell und kollektiv ein Leben ohne den gewaltigen Sinnmechanismus «Arbeit» zu führen, der ja auch ideologisch für sämtliche Begründung von Existenz und Wertschöpfung usw., im psychotherapeutischen Vokabular auch «Tagesstruktur» genannt, erhalten muss. Diese Befürchtung wird darum nicht ausgesprochen, weil dahinter die für eine Demokratie vernichtende Aussage steht, dass in unseren Gesellschaften die meisten Menschen gar nicht in der Lage wären, ein autonomes Leben zu führen. – Hier besteht allerdings Handlungsbedarf, aber er wird nicht in dieser dramatischen und zugespitzten Form entstehen.

### **...oder vielleicht doch?**

Zunächst kann man davon ausgehen, dass, wie oben gesagt, die meisten Menschen noch über genügend Anreize verfügen werden, ihrer Arbeit weiter nachzugehen wie bisher, ganz abgesehen von ihren «Tagesstrukturen». SpontanaussteigerInnen werden relativ selten sein; vielleicht nimmt ihre Zahl mit der Zeit zu, aber dagegen könnte auch die Zahl der WiedereinsteigerInnen ansteigen (es gab zur Zeit des US-amerikanischen Präsidenten Richard Nixon in den Vereinigten Staaten mehrere echte Feldversuche mit einem Grundeinkommen, bei denen sich zum Teil eine solche Tendenz beobachten ließ – allerdings zum Teil auch das Gegenteil). Der Anreiz besteht also aus zwei unterschiedlichen Elementen: einerseits der Aussicht, mehr zu verdienen als das Grundeinkommen, sei es, um sich irgend einen Luxus zu leisten, sei es, um sich ein Projekt zu finanzieren. Andererseits wird das Grundeinkommen eben auch dem «therapeutischen» Aspekt gerecht, das heisst, wer es sich einfach nicht anders vorstellen kann, der oder die wird ganz ungestraft und ungestört weiter arbeiten, sofern die wirtschaftliche Entwicklung dies zulässt – denn vor Betriebsschliessungen kann auch ein Grundeinkommen nicht retten. – Das Gegenargument jedenfalls, dass die Müllabfuhr nicht mehr funktionieren werde, dass die Putzfrauen und -männer aussterben würden usw. usf., dieses Argument ist nicht stichhaltig. Wie gesagt, wird es mit Sicherheit zu einzelnen Verschiebungen und Anpassungen kommen. Aber was sind diese schon im Vergleich mit den riesigen Verlagerungen, die in unseren Gesellschaften allein im produktiven Sektor in den letzten zwanzig Jahren stattgefunden haben! Die famose freie Marktwirtschaft war ganz offensichtlich in der Lage (und zwar in

einzelnen Ländern besser und in anderen schlechter), diese gigantischen sozial-ökonomischen Umwälzungen zu verkraften, ohne dass die Gewerkschaften (mindestens der Schweiz. Gewerkschaftsbund) etwas anderes geschrieben hätten als «Wachstum!». Wie sollte die immer noch famose freie Marktwirtschaft diese im Vergleich dazu relativ geringfügige Umstellung nicht verkraften, wo doch die wesentlichen Spielregeln unangetastet bleiben?

### **Freiheit auch wirklich nutzen**

Daneben aber ist mittelfristig auf jeden Fall ganz zentral, dass das Freiheitsangebot, welches das Grundeinkommen mit sich bringt, von den Interessentinnen auch wirklich genutzt werden kann. Menschen, welche Zeit ihres Lebens nie etwas anderes gemacht haben als im Rahmen eines industriellen Räderwerkes eine irgendwie geartete Funktion auszuüben, sind dazu nicht prädestiniert. Wenn solche Menschen aus ihrer Tätigkeit herausfallen – und das kommt vor, und zwar nicht wegen des Grundeinkommens, sondern eben weil die Firmen schließen und die Produktion verlagern oder weil neue Geräte eingeführt werden usw. usf. –, dann sind sie tendenziell anfällig für Depressionen, Abstürze aller Art, kurz, sie wissen nicht, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen. Für solche Probleme gibt es bereits heute einige Institutionen, nicht zuletzt die Sozialdepartemente in grösseren Gemeinden und Städten, wo ganze Legionen von Sozialarbeitern sich mit den Krisenfällen beschäftigen. Solche Departemente werden zunächst nicht verschwinden. Aber eben: Dieses Phänomen hängt nicht mit dem Grundeinkommen zusammen, sondern ist eine logische Konsequenz der Desindustrialisierung. Damit haben wir uns zu beschäftigen, egal, ob wir ein Grundeinkommen einführen oder an den bisherigen umständlichen Formen der sozialen Sicherung festhalten. Deshalb müssen im Lauf der Zeit – und das ist wirklich obligatorisch – alle, restlos alle Menschen in der Gestaltung ihrer eigenen Zeit besser geschult werden. Sie müssen, kurz gesagt, insgesamt besser geschult werden. Und da sich die Lebenserwartung nach wie vor verlängert, muss das Bildungs- und Ausbildungskonzept sowieso auf das ganze Leben ausgedehnt werden. (Beziehungsweise: Der gesamte Lebensplan, der Lebensentwurf unserer Gesellschaften muss modernisiert werden, inklusive neuer «Karrieremöglichkeiten», was wiederum eine recht umfassende Aufgabe ist, zu der der aktive gestalterische Wille z.B. der Politik nur ein paar kleine Sachen beitragen kann, beispielsweise die Einführung einer obligatorischen Schulpflicht für das 50. Altersjahr und ähnliche Späßchen; um den Rest kümmert sich die Gesellschaft dann wohl selber, wie sie dies in den Umwälzungen der vergangenen paar Jahre und Jahrzehnte ja auch getan hat.) – In der Zwischenzeit sorgt das Grundeinkommen durchaus nicht dafür, dass sämtliche Menschen auf einen Schlag kreativ und intel-



ligent werden, aber es schafft gewisse Voraussetzungen für die entsprechenden Entwicklungen. Die allgemeine Verbesserung von Bildung und Weiterbildung ist dabei weder eine direkte Forderung im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen noch eine logische Folgerung daraus; diese Hinweise sind allgemein gültig und beschlagen zum Beispiel die Frage, weshalb bei uns derart unendlich viel Geld in den Bildungssektor hinein gesteckt wird, um anschliessend vergleichsweise powere Resultate zu erzielen. Aber dies ist eben ein Kapitel, mit dem das Grundeinkommen nur am Rand befasst ist.

Oder doch im Zentrum? Es wäre nämlich falsch zu sagen, dass das Grundeinkommen nichts weiter ist als eine gerechtere und vielleicht sogar volkswirtschaftlich gesehen günstigere Form der sozialen Sicherung, umgewandelt in ein Bürgerrecht. Nein, es geht hier auch darum, vor dem Hintergrund der Entwicklung bzw. der Modernisierung unserer modernen Gesellschaften zu denken. Wie erwähnt, ist aufgrund einer hoch komplexen, weitgehend automatisierten Herstellungsweise die Produktion mehr oder weniger sämtlicher Güter für alle Menschen gesichert (theoretisch), das heisst, das Leben muss nicht mehr mit dem Dienst an der Weltproduktion gerechtfertigt oder gar finanziert werden. Selbstverständlich spielen hier noch andere Faktoren mit, zum Beispiel die Position innerhalb der Gesellschaft, eines Landes, oder des Landes innerhalb des globalen Machtgefüges, wo mit Sicherheit die Verfügbarkeit gewisser Ressourcen wie Produktionsstätten, aber auch zunehmend von geschultem Humankapital eine besonders wichtige Rolle spielt. Für die Menschen selber heisst es auf jeden Fall, dass nach der Produktion ja auch die Gesellschaften etwas enger ineinander verzahnt werden sollten, was wiederum konkret bedeutet, dass die einzelnen Menschen vermehrt Netzwerke über die bestehenden, engen, lokalen hinaus aufbauen sollten. Hierzu bietet ein Grundeinkommen natürlich eine gute Basis, aber die Realisation, z.B. über Internet oder wie auch immer, bleibt völlig offen, ebenso wie offen bleibt, ob solche Netzwerke am Schluss kommerziell genützt werden oder nicht. Vor allem aber heisst es, dass sich eben die Frage der Grundbildung und der Aus- und Weiterbildung mit einer ganz neuen Vehemenz stellt. Eine moderne Gesellschaft kann sich keine steinzeitlichen Formen leisten, also müssen obligatorisch alle Menschen (die dazu auch in der Lage sind) eine viel bessere Ausbildung erhalten und den natürlichen Wissensdrang nicht mehr an Pseudobildungsgefäßen wie «Galileo» oder anderen schönen TV-Bildungsschauen abreagieren. Das ist eine weitere gesellschaftliche Infrastrukturbaustelle, welche sich aus dem Grundeinkommen mit der allergrößten Folgerichtigkeit ergibt – zu der sich das Grundeinkommen selber aber nicht äußert. Meine Meinungen in diesem Bereich sind gemacht, stehen aber hier nicht zur Debatte.

### **Arbeiten, weil man will, nicht weil man muss**

Das Grundeinkommen leistet dazu nicht direkt einen Beitrag. Seine Funktion ist es, den Kausalzusammenhang zwischen Lohnarbeit und realem Existenzrecht aufzuheben. Das Grundeinkommen stellt sozusagen den Sündenfall der ehemaligen bürgerlichen ebenso wie der marxistischen Ökonomie dar. Zusammen mit der Vollendung der kapitalistischen Produktionsweise ergibt sich damit eine Grundlage, auf der die alten Vorstellungen eines freien Zusammenwirkens freier Individuen erstmals Realität werden können. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass die alten Denkschemata aus dem Zeitalter des industriellen Kapitalismus relativ bald absterben, und zwar hüben – also bei Gewerkschaften und auch bei den AntiimperialistInnen – als auch drüben beim verbohrteten Teil der bürgerlichen Elite, welche die Tatsache, dass bei uns immer noch praktisch Vollbeschäftigung herrscht, als Existenzbeweis der freien, sozialen Marktwirtschaft auffasst. Dies ist allerdings ein großer Irrtum.

Der Kapitalismus ist vollendet. Aber das System, zu dem er sich im Lauf der Zeit ausgeweitet hat, ist derart umfassend und flexibel geworden, dass es mehr oder weniger sämtliche Aktivitäten, die gerade ins Konzept passen, mit Wertschöpfungsnachweisen ausstattet, einmal abgesehen von den erwähnten Kernaktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung, zu denen selbstverständlich auch die Kernbereiche der Machterhaltung in unterschiedlichen Bereichen (Energie, Rüstung, Kommunikation bzw. Herrschaft über den kollektiven Luft- und Geistesraum) kommen. Was Forschung und Entwicklung angeht, kann man sich darauf einrichten, dass in nächster Zeit völlig neue Generationen von Werkstoffen, Materialien, Produkten auf den Markt kommen, abgesehen vom weiteren Ausbau der Kommunikationsmöglichkeiten. Es ist kein Ende der Geschichte absehbar. Bloß wird der weitere Verlauf nicht durch Fabrikarbeit dominiert werden, sondern eben im guten Fall durch freie Tätigkeit freier Individuen. Lohnarbeit als Zwangssystem wird abgeschafft und ersetzt durch freiwillige, kreative Tätigkeit im Rahmen eines weltweiten Verbundes. Und insgesamt kommt selbstverständlich auch die Faulheit erstmals zu ihrem Recht: Viele Menschen brauchen zwischen Phasen hoher Kreativität (oder anderweitiger Leistung) ausgedehnte Ruhezeiten. Auch dies ist ein Menschenrecht.

Und wenn wir jetzt glücklich bei den Menschenrechten gelandet sind, kann ich mit dem Menschenbild aufhören. Es gibt in unseren modernen Gesellschaften keinen einzigen vernünftigen Grund, die Armutsthematik nicht ein für allemal abzuschließen, ohne Bedauern, ohne mit der Wimper zu zucken. Nur wer ein im Kern negatives Menschenbild hat, das von der Unverbesserlichkeit der Menschen

ausgeht, von einer Art von natürlicher Faulheit und Dummheit, nur diese Menschen können sich im Kern gegen ein Grundeinkommen wehren. Alle anderen, welche an die Modernisierung nicht nur der Gesellschaften, sondern aller Menschen glauben und sich in diesem Glauben natürlich auch vom bisherigen Verlauf der Geschichte bestätigt sehen, werden nicht umhin können, sich diesem Modernisierungsschritt anzuschließen.

## **Arbeit**

Die Auseinandersetzung um das Grundeinkommen stößt im Kern immer wieder auf die Fragen rund um den Komplex Arbeit, so dass ich hier noch ein paar Überlegungen separat einfügen will. Ganz oberflächlich stellt sich im Zusammenhang mit der Einführung des Grundeinkommens das Problem, dass die eingespielte variable Geometrie der verschiedenen Einkommensarten und -höhen durcheinander gerät mit den absehbaren Auswirkungen auf die damit korrelierten gesellschaftlichen Funktionen oder Stellungen der ArbeiterInnen oder Arbeitslosen. Zunächst befürchten, wie bereits angegeben, etwa gleich viele Menschen, dass mit einem Grundeinkommen gewisse Arbeiten nicht mehr erledigt würden, wie die anderen, welche befürchten, es werde mit dem Grundeinkommen zu wenig Arbeit geben für alle. Diese beiden widersprüchlichen Tendenzen halten sich nicht zuletzt deswegen die Waage, weil sie in der Regel in ein und derselben Person reibungslos koexistieren als echte und authentische Einheit der Gegensätze. (Immerhin sind sie nicht konstituierend, sondern eher akzidenziell. Aber dies nebenbei.) Solche eher makroökonomischen Ängste rate ich hier ein für allemal, Angelegenheit der Markoökonomie bleiben zu lassen; man soll mir also nicht im Laufe der Auseinandersetzung damit an den Karren fahren wollen. Unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem hat schon bedeutend tiefer greifende Probleme gelöst, namentlich den Ausstieg der entwickelten Gesellschaften aus großen Teilen der industriellen Produktion in den letzten 20 Jahren.

Einen prominenten Platz im kollektiven Bewusstsein nimmt die Vorstellung ein, dass man sich sein Leben verdienen müsse, sofern man kann. Daran schließen sich die ebenfalls bereits erwähnten Folgeargumente an, insonderheit aus der Familie der «Sozialschmarotzer»-Propaganda. Obwohl es sich nicht lohnt, auf letztere Blödhheit einzugehen, muss man die Kernbedenken ernst nehmen, denn sie enthalten nun mal einfach konstituierende Elemente des Gesamtbewusstseins, unter anderem einen Ansatz zu Gerechtigkeit, mit dem nicht zu spaßen ist – denn Gerechtigkeit muss sein, hier und jetzt und auch mit einem Grundeinkommen.

Da reicht es nicht aus, darauf hinzuweisen, dass bei uns oder insgesamt im kapitalistischen System die Gerechtigkeit der Ver- bzw. Zuteilung von Gütern, Privilegien und Macht eine sehr spezifische und eigenartige ist. Hier wie in jeder Gesellschaftsform muss tatsächlich eine Form der Ordnung herrschen, welche es erlaubt, ohne andauernde Verteilungskämpfe ein friedliches Zusammenleben zu organisieren (anders ist in einer hoch differenzierten Gesellschaft die Erzeugung und Verteilung des Reichtums unmöglich), und hier hat die Gerechtigkeit über ein Arbeitseinkommen, eben: der gute Lohn für gute Arbeit, einen Ehrenplatz – inklusive all die Fisi-matentchen, welche die milliardenfachen Verstöße gegen den Grundsatz beinhalten; sie sind trotz allem nur die Ausnahme, welche die Regel bestätigen. Arbeit, die Arbeitsbedingungen, die unterschiedlichen Entschädigungen, Urlaubsregelungen, Überzeit, Krankengeld, überhaupt das ganze System mit den ÄrztInnen als objektive Verbündete der Arbeitnehmerschaft mit der Artillerie von Krankheitszeugnissen bis hin zum Krankenhaus und der Unfallversicherung und der Invalidenrente – das ist massiv. Arbeit bildet die Kernmaßgröße der sozialen Gerechtigkeitsskala. Sie ist anerkannt und stellt damit eine Institution dar, welche für die Entstehung der modernen Gesellschaft unabdingbar war und immer noch ist. Würde man die Gesellschaft insgesamt mit einem Organismus vergleichen, wäre die Arbeit und das damit verbundene Wertesystem sicher so etwas wie der Knochenbau.

Wenn wir nun mit dem Grundeinkommen einen Angriff auf diese Kernsphäre reiten, und wir tun es, auch wenn wir dies noch so sehr relativieren und abschwächen, dann ist das erste Unverständnis und die intuitive Ablehnung verständlich, weil vital. Es braucht schon einen starken Charakter, um sich vorstellen zu können und sogar darauf zu vertrauen, dass sich ein einmal gefestigtes Wertesystem auch weiterentwickeln kann. Dies ist unsere zentrale Botschaft: Uns schwebt alles andere vor als eine völlig wertefreie Gesellschaft bzw. eine Gesellschaft, welche bloß von abstrakten und wohl gemeinten Floskeln getragen wird – so etwas funktioniert nicht, Moral muss immer auch ihr konkretes Aktivitätsfeld haben. Dementsprechend richten sich die BefürworterInnen des Grundeinkommens durchaus nicht kategorisch gegen die Arbeit. Sie gehen bloß davon aus, dass sich unsere Werte zunehmend vom beschränkten und abnehmenden Gültigkeitsbereich der konventionellen bezahlten Arbeit emanzipieren sollten, nicht zuletzt deswegen, weil uns der Arbeitsprozess je länger, desto mehr ökonomische Prozesse vospiegelt, die eigentlich gar keine mehr sind, sondern nur noch beschäftigungstherapeutischen Wert haben.

(Auch hier wieder muss vernünftigerweise die Einschränkung erfolgen, dass es nicht einen ökonomischen Wert an und für sich als Fetischgröße gibt. Der

ökonomische Wert bestätigt sich oder bestätigt sich nicht auf dem Markt. Wenn also ein scheinbar vorgegaukelter Wert bzw. Wertschöpfungsprozess seine Marktweihen erhält, dann ist das gebongt. Aber trotzdem.)

Diese Ablösung erfolgt aber nur in dem Maße, in dem sich das Vertrauen in eine Zukunft jenseits des Arbeitssystems verfestigt. Im Einzelnen können darunter die Auflösung bestehender fester Arbeitsverhältnisse fallen (jaja, die so genannte Flexibilisierung, wohl wahr), im Grundsatz benötigt es dafür mit der Zeit vor allem den stabilen Konsens rund um das Grundeinkommen als unverzichtbare, durchaus nicht mickrige Existenz- und Entwicklungssicherung.

Um das Ausmaß des Wertsystems Arbeit richtig zu begreifen, reicht es durchaus, sich Menschen anzusehen, welche aus diesem System herausgefallen sind oder aber es noch gar nicht erlebt haben. Zu den ersteren zähle ich unter anderen jene, welche sich unvorsichtigerweise bereits in jungen Jahren einen so genannten Lebenstraum erfüllen, wenn sie zufällig zu Geld gekommen sind, vielleicht durch einen Erbgang, was weiß denn ich. Wer mit seinen Lebensträumen nicht haushälterisch umgeht, fabriziert in der Regel den sofortigen Absturz – eben gerade, weil ihm das mächtige Koordinatensystem Arbeit abhanden gekommen ist. (Das gilt natürlich nicht für Berufsreiche und ähnliche Erscheinungen.) Eben: Es gäbe wohl noch andere Koordinatensysteme, aber die erwähnten einfachen oder komplizierteren Individuen sind in einem Ausmaß auf dieses Konzept fixiert (auch oder gerade dort, wo sie dagegen pfiffig verstoßen), dass ein Ausscheren daraus gut überlegt und vorbereitet werden will.

Für jene Menschen, die aus weniger entwickelten Gesellschaften herübermachen und migrieren, hat sich das System Arbeit als geradezu umwerfend effizient erwiesen, denn das Spiel Arbeit gegen Entgelt scheint fast urtümlich verständlich zu sein, und angesichts der hier herrschenden Lohnniveaus macht das Spiel zudem einen fairen Eindruck. Darauf komme ich jetzt gleich.

## **Migration**

Im Gespräch mit einfachen und komplizierten Menschen ist es in der Regel erstaunlich, wie leicht das Prinzip eines Grundeinkommens Verständnis und Zustimmung findet, eigenartigerweise vor allem in jenen Schichten, die es am wenigsten nötig hätten, während es bei den Menschen, die am stärksten bedroht sind von einem allfälligen Verlust ihres Arbeitsplatzes ohne gleichwertigen Ersatz

mit den darauf folgenden Perspektiven einer Langzeitarbeitslosigkeit und anschließendem Bezug von Sozialhilfe zum Teil geradezu allergische Reaktionen auslöst; hier finden sich nicht zufälligerweise auch die stärksten Wähleranteile der zweifelsfrei dümmsten Partei bzw. jener Partei, deren relativ kluges Kader mit dumpfen und dummen Parolen ihr Stimmvieh an der Nase herumführt. Diese Ablehnung spiegelt allerdings auch die deutliche Nähe zu jenem Bereich wieder, der eben nach wie vor stigmatisiert ist durch den Ruch der Nutzlosigkeit und eben der Sozialschmarotzer. Niemand hängt so stark an der Gesundheit wie die Kranken. Auf der anderen Seite sind diese Menschen auch am stärksten dem Druck ausgesetzt, welcher durch die unaufhaltsame Zuwanderung entsteht, die bei uns für einfache Menschen außerhalb der EU ja nurmehr in der Form von Asylgesuchen möglich ist (das muss man sich auch mal vorstellen – so kann das ja auch im besten Fall nicht gemeint sein). Unabhängig davon, welche Lösungen und Probleme in diesem Bereich immer wieder auftauchen, stellt sich doch die Frage, wie weit ein Grundeinkommen auch MigrantInnen zur Verfügung gestellt werden soll (wodurch sich logischerweise die Anziehungskraft der Schweiz als Fluchtland nochmals erhöhen würde). Unsere Antwort ist hierzu zunächst pragmatisch: Das Grundeinkommen regelt nicht die Ausländergesetzgebung, sondern nur das Grundeinkommen. Die bisherigen eigenartigen Regelungen im Migrationsbereich sind davon zunächst nicht betroffen. Für die Bezugsberechtigung werden Kriterien aufgestellt, ähnlich wie bei den ZuwandererInnen aus Europa, neben den anderen Auflagen, über die aber nicht hier zu diskutieren ist.

Auch hier bestehen ja bereits vielfältige Erfahrungen und voll ausgebildetes Personal auf allen Ebenen, welches mit den Problemen vertraut ist, so dass sich daraus überhaupt kein Argument gegen die Einführung des Grundeinkommens ergibt; es ist nur darauf zu achten, dass der Integration mit den damit verbundenen Maßnahmen die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird und dass man also diesen Modernisierungsschritt des Grundeinkommens im schweizerisch/europäischen Umfeld versteht; insofern gehört das Verständnis dieses Mechanismus genau so zu den Integrationsprozessen wie andere Dinge auch. Und schließlich gilt: Man kann die ausgeklügeltsten Mechanismen einrichten – die effektive Entwicklung findet sowieso in der Praxis statt. Und das ist auch gut so.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass in gewissen weniger entwickelten Ländern die Initiativen zur Einführung eines Grundeinkommens bereits viel weiter fortgeschritten sind als bei uns, namentlich in Südafrika und in Brasilien. Selbstverständlich hat ein Grundeinkommen in solchen Ländern einen anderen Stellenwert als in den entwickelten Gesellschaften auf dem Globus. Umso interes-

santer und bedeutender sind die Anstrengungen zur Existenzsicherung der untersten Bevölkerungsklassen gerade in solchen Ländern; und wie sollte es auf der anderen Seite kommen, dass ein Grundeinkommen ausgerechnet in den reichen Ländern unmöglich wäre oder dort sogar zur sofortigen und umfassenden Verarmung führt?

## **Kurz und gut**

All diese Überlegungen oder Diskussionspunkte ändern nichts an der grundlegenden Tatsache, dass sich die am weitesten entwickelten Gesellschaften auf diesem Erdball und darunter logischerweise die Schweiz endlich einen Ruck geben könnten und Fakt sein lassen, was Fakt ist, nämlich dass die Herstellung der zur Grundversorgung notwendigen Güter unterdessen einerseits nur noch in höchst komplexen Zusammenhängen erfolgt, andererseits dadurch derart billig in jeder Beziehung geworden ist, dass nicht nur sämtliche Menschen auf der ganzen Welt an und für sich locker einen angenehmen Wohlstand genießen könnten, sondern dass es in erster Linie absurd ist, das wirkliche Existenzrecht der Menschen noch mit irgendeinem Dienst an der Weltproduktion in Verknüpfung zu bringen. Ein kleiner Schritt in Richtung einer Modernisierung der Gesellschaften besteht in der Einführung eines Grundeinkommens in ausreichender Höhe, welches allen EinwohnerInnen ausgerichtet wird, bedingungslos, ohne weitere Verwaltungs- und Überprüfungsaufwände.

### **Anwendungsbereich**

Ich habe oben dargelegt, dass die Einführung eines Grundeinkommens bei der Mehrheit der Bevölkerung zu keinen oder nur geringen Veränderungen führen dürfte, was das verfügbare Einkommen angeht. Selbstverständlich erhoffen sich die BefürworterInnen des Grundeinkommens, dass mit der Zeit auch die Mehrheit etwas in Bewegung gerät und auf der Grundlage der neu gewonnenen Sicherheit etwas mehr Mut aufbringt bei der Gestaltung der eigenen Biografie; so sind doch die sogenannten Sabbatjahre damit wirklich in den Bereich des Möglichen gelangt, wobei natürlich die beruflich/betriebliche Karriere unter einem entsprechenden Unterbruch vorderhand immer noch leidet – was sich vielleicht im Lauf der Zeit auch verbessern wird, wodurch ein weiteres Postulat

erfüllt würde, das nicht nur die linke Ratsseite schon seit ewigen Zeiten immer wieder vorbringt. (Schon wieder ein Thema für die Gewerkschaften!) Dass das Abhängigkeitsverhältnis innerhalb einer Familie von denjenigen, welche dem Broterwerb nachgehen und so die Finanzmittel beibringen, tendenziell abnimmt, versteht sich von selber; aber diese Emanzipationsbewegung findet auch ohne Grundeinkommen statt.

Zunächst und direkt betroffen wären logischerweise die SozialhilfeempfängerInnen, aus welchen Gründen auch immer. Bei einem Grundeinkommen von CHF 2500 pro Monat würden sie durchaus nicht in jedem Fall besser fahren als beim gegenwärtigen Stand der Dinge; das ist ein «Schönheitsfehler», mit dem jede Neueinführung leben muss. Die wirkliche Verbesserung besteht in der Verfestigung des Rechtsanspruchs sowie im gänzlichen Wegfall sämtlichen administrativen Krams; die Entwicklung eines Selbstwertbewusstseins findet wohl nicht direkt mit einem Grundeinkommen statt, aber mindestens trägt dieses nicht zu seiner Verschlechterung bei. Es gibt keinerlei Arten von Stigmatisierung mehr, nicht einmal mehr in der Form des wirklich Bedürftigen oder Berechtigten, wie sie hinter dem Auswurf des «Sozialschmarotzers» steht – diese Sorte von Problemen verschwindet auf einen Schlag. (Natürlich nicht gleichzeitig die Probleme von Leuten mit nach wie vor wenig Mitteln und Perspektiven. Da geht die Arbeit weiter.)

Im AHV-ähnlichen Modell, wie ich es vorschlage, würden die Grundleistungen der Arbeitslosenversicherung, aber auch von Renten- bzw. Lohnausfallleistungen von Unfall- und Invalidenversicherung dazustoßen. Um hier nicht zu einer effektiven Verschlechterung der Leistungen zu kommen, müssen Systeme eingeführt werden, wie wir sie bei der Krankenkasse kennen: Zum obligatorischen Grundeinkommens- teil kommen die privatrechtlich versicherten überobligatorischen Teile für jene Lohnbestandteile, welche über die entsprechende Mindestmenge hinausgehen. Das lässt sich problemlos auseinander dividieren und ergibt auch die künftigen Felder der Auseinandersetzung zwischen den Sozialpartnern – die Gewerkschaften gehören mit anderen Worten mit der Einführung des Grundeinkommens durchaus nicht ins Museum, sie erhalten im Gegenteil eine neue, modernere Funktion, bei der sie nicht mehr mit dem drohenden Pauperismus argumentieren werden, sondern sich wieder vermehrt dem ursprünglichen Ziel der Gewerkschaftsbewegung widmen können, nämlich der Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung, der Umwandlung der Menschen von Objekten in Subjekte.

Neben den bisherigen Bezüchern von Sozialleistungen sowie, in der Grundversicherung, von Arbeitslosengeldern und IV- bzw. SUVA-Renten würde das Grund-



einkommen sicher mindestens einen Teil der Direktzahlungen in der Landwirtschaft ablösen. Soweit von der Landwirtschaft her ein Bogen zum Tourismus geschlossen werden kann (idyllisches Erscheinungsbild bzw. die Schweiz als Themenpark für US-TouristInnen, Erhaltung von Landschaft usw.), aber auch zur Aufrechterhaltung der Besiedelung von peripheren Teilen, dürften die Auswirkungen in diesen Sparten äusserst positiv sein. Es wird dabei den LandwirtInnen nicht gefallen, hier in einem Atemzug mit SozialhilfebezügerInnen und Arbeitslosen genannt zu werden, denn die Bäuerinnen und Bauern wollen kategorisch keine Almosen. Um so besser, sage ich dagegen. Das Grundeinkommen ist nämlich kein Almosen. Es löst sämtliche bisherigen Almosensysteme ab und ersetzt sie durch ein Grundrecht. Davon profitieren auch die Bäuerinnen und Bauern, die nämlich bisher am Tropf des Staates gehangen haben, ob sie es nun wahr haben wollen oder nicht (typischerweise sträuben sie sich mit Händen und Füßen gegen diese nur allzu offensichtliche Wahrheit). Dabei rechnet sich die landwirtschaftliche Tätigkeit mit einem Grundeinkommen zum ersten Mal seit dem 19. Jahrhundert wieder nach marktwirtschaftlichen Kriterien. Na, ist das ein Angebot, geschätzte Bauernsame?

Selbstverständlich wird die AHV voll abgelöst durch das Grundeinkommen; beim Vorschlag von CHF 2500 pro Person und Monat würden die Leistungen leicht erhöht, was aber durch den Wegfall der Ergänzungsleistungen kompensiert würde.

Ganz selbstverständlich weg fallen dabei sämtliche Lebensunterhaltskosten im Zusammenhang mit der Ausbildung, also die Stipendien. Dies müsste eigentlich in erster Linie den StudentInnenorganisationen gefallen.

Aber auch die KünstlerInnen und solche, die es werden möchten, profitieren unmittelbar von der Ausschüttung eines Grundeinkommens. Jedermann und jede Frau einE KünstlerIn – ob dies die Zukunft der Gesellschaften sein wird, weiß ich nicht, denn darüber bestimmen ja noch andere Faktoren als der persönliche Wille oder die subjektive Neigung; aber am Grundeinkommen soll es jedenfalls nicht liegen. (Ob es die Zukunft der Künste sein wird, weiß ich ebensowenig – manchmal hab ich den Eindruck, es sei vielmehr bereits die echte Gegenwart des Kunstschaffens.)

Den FamilienpolitikerInnen müsste das Herz ebenfalls höher schlagen angesichts dieses Vorschlages, welcher für Kinder unter 12 Jahren eine Viertel und für jene bis 20 Jahre eine halbe «Rente» vorsieht. Kinder- und Familienzulagen werden hiermit völlig überflüssig (die entsprechenden Gelder aus bestehenden

Versicherungen kommen ebenfalls in den Grundeinkommenstopf). Da aber die gestandenen FamilienpolitikerInnen in der Regel eine eher rückwärts gerichtete Sicht der Dinge haben, werden sie sich eher auf die emanzipierenden Auswirkungen des Grundeinkommens konzentrieren, welche natürlich diese Institution nicht mit weiteren Zwängen bekräftigt, sondern nur in den Beziehungen.

Der **Hauptanwendungsbereich** besteht aber aus der breiten Masse der Bevölkerung, wo sich auf Antrieb nicht viel ändern wird: Eine Position auf der Lohnabrechnung taucht neu auf, und die Lohnüberweisung findet in zwei Komponenten statt, der Lohn minus Grundeinkommen plus das Grundeinkommen. Direkt spürbar wird das nicht – aber die Basissicherheit, die sich aus diesem System ergibt, verschafft allen Personen über kurz oder lang ein zusätzliches Maß an Freiheit, das sie immer stärker nutzen werden. Damit einher geht eine Veränderung ihres Selbstverständnisses als Bürgerinnen und Bürger. Sie sind selbstverständlich und diskussionslos Bestandteil der reichsten Gesellschaftsform, die es je gegeben hat, und haben dementsprechend ein aus ihrer Existenz erwachsendes Recht auf Ausstattung mit den elementaren Mitteln dieses Reichtums.

Für die Wirtschaft, um auch dies nochmals zu sagen, ergeben sich mit dem Grundeinkommen eine ganze Reihe von Vorteilen. Zunächst wird der administrative Bereich vereinfacht. Das ist sicher nicht der Hauptgrund, aber es macht auch schon etwas aus. Vor allem aber können sich die Unternehmen immer stärker auf ihre Kernaufgabe konzentrieren. Diese besteht nämlich laut eigenen Angaben in der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen und nicht in der Schaffung von Arbeitsplätzen. Dass es bei der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen trotzdem in einem schönen Ausmaß menschlich zu und hergeht, ist dabei dann wieder selbstverständlich, und es ist auch nicht davon auszugehen, dass mit der Einführung des Grundeinkommens eine sofortige Verrohung der Sitten und des Arbeitsklimas erfolgen wird. Aber so, wie die ArbeiterInnen zum ersten Mal ihre Freiheit auf dem Markt gewinnen, so erhalten auch die UnternehmerInnen eine größere Handlungsfreiheit.

### **Politische Machbarkeit**

Indem ich einleitend die Sphäre des Politischen als Problemzone bezeichnet habe, ist es mir hoffentlich gelungen, die betroffenen Fachleute nicht in erster Linie zu beleidigen, sondern dazu zu ermuntern, im vorliegenden Fall den Beweis des Gegenteils anzutreten. Der gegenwärtige Verlauf der politischen Fronten ist nämlich recht offen. Auf der einen Seite stehen die natürlichen VerfechterInnen sozialer

Sicherungssysteme bzw. deren Ausbau oder Verfestigung durchaus nicht entschlossen hinter dem bedingungslosen Grundeinkommen, aus verschiedenen Gründen. Die Gewerkschaften haben ihre liebe Not damit, weil das Grundeinkommen, wie bereits erwähnt, gewisse Teile ihrer Elendsargumentation abschaffen würde. Ein Teil des Organisationsdruckes würde entfallen. Ihnen wäre aber im Sinne der obigen Ausführungen zu empfehlen, die Gelegenheit für einen massiven Modernisierungsschritt zu nutzen; daneben haben sie weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen, aber zunehmend im Bereich qualitativer Forderungen und nicht mehr im reinen Lohnbereich (wobei sogar dieser zu schönen Teilen erhalten bliebe). Die Sozialdemokratie als eigentliche Wächterin der Sozialversicherungssysteme nicht nur in diesem Land sieht zunächst ihre Pfründe bedroht. In der Tat handelt es sich hier ja absehbar um einen Wachstumssektor, bei dem eben nicht nur einfache Büro-, sondern auch einflussreiche Führungspositionen zu vergeben sind. Auch bei den Grünen ist die Idee nach einer kurzen Konjunkturphase Ende der Neunzigerjahre wieder in den Hintergrund getreten.

Auf liberaler Seite gibt es durchaus Stimmen, welche sich für ein Grundeinkommen aussprechen, hier in der Regel in der Form der negativen Einkommenssteuer. Auch im benachbarten Deutschland spricht sich die F.D.P. für ein Grundeinkommen aus – allerdings in prekärer Höhe, und zudem schweben der deutschen F.D.P. noch Kontroll- und Bedürfnisabklärungsmechanismen vor, so dass man eigentlich nicht mehr von einem Grundeinkommen im engeren Sinn sprechen kann. Bei der schweizerischen FDP kommen die Befürworter hier und dort und in Grundsatzpapieren zu Wort; eine effektive Debatte hat noch nicht stattgefunden. Von der religiösen Mitte, also der CVP, ist mir keine Stellungnahme bekannt; allerdings gibt es mindestens im Rahmen der kirchlichen Soziallehre und der sozialen Institutionen, namentlich bei der Caritas, eine grosse Unterstützung für solche Modelle (in Österreich ist die Katholische Sozialakademie sogar führend in der entsprechenden Debatte).

Die Ausgangslage ist also ziemlich offen. Nicht offen, sondern felsenfest ist die Sicherheit, dass zunächst mit dem Finanzdruck argumentiert werden wird; dieses Argument wird allerdings derart wahllos auf sämtliche Bereiche geschlagen, dass es letztlich keine Wirkung mehr haben dürfte. Was es materiell mit der Finanzierung auf sich hat, habe ich oben einigermaßen umrissen. Konkretere Angaben versucht z.B. B.I.E.N.-Schweiz seit längerer Zeit in Erfahrung zu bringen; aber dafür bräuchte es eine recht einlässliche Arbeit von Fachleuten, und die wiederum müssten finanziert werden, und zu diesen Quellen hat B.I.E.N.-Schweiz bisher keinen Zugang gefunden. Diese Arbeit wird über kurz oder lang dennoch

geleistet werden, und so lange begnügen wir uns mit eher summarischen Angaben.

Sicher ist aber auch, dass vor allem die mit niedrigen Instinkten kochenden Parteien weiterhin ihr Lied von den Sozialschmarotzern pfeifen werden; dies ist aber nur die extreme Form jenes Menschenbildes, welches andere bürgerliche PolitikerInnen zur Ablehnung des Grundeinkommens bringt: Der Mensch kann mit seiner Freiheit nach ihrer Auffassung nichts anfangen, er verliert den Halt und wird asozial. Solche Menschenbilder sind nicht auszurotten. Aber der Hinweis auf die effektiven Entwicklungen der Menschen, der einzelnen Subjekte in unseren Gesellschaften erbringt schnell einen Beweis dafür, dass «der Mensch» als solcher eben in ungeahntem Ausmaß entwicklungsfähig ist; wie sonst hätten unsere Gesellschaften die immensen Umstellungen der letzten 20, 50 oder 100 Jahre verkraftet?

Jedenfalls kann man solche Leute nicht bekehren, entsprechende Aufwände sind überflüssig. Aber man muss sie als das darstellen, was sie sind: Es handelt sich um Misanthropen, welche im Kern die Möglichkeit einer echten Demokratie bestreiten.

Für den politischen Prozess ist damit zu rechnen, dass die Idee relativ schnell Furore machen kann, wenn sich eine genügend große Masse der Bevölkerung für die Idee zu begeistern beginnt. Dementsprechend sind die Aktivitäten zur Verbreitung des Modells von ganz zentraler Wichtigkeit. Ihre Einbindung in den Kontext der Nachbarländer und auch global gehört hier ebenfalls dazu.

### **Ein einfacher Modernisierungs- und Befreiungsschritt**

Per saldo kann man sagen, dass das Grundeinkommen zwar zunächst kaum an den Grundfesten der Gesellschaft rüttelt, aber durchaus einige Freiheitselemente aufweist, welche bei stärkerer Nutzung durch einen zunehmenden Anteil in der Bevölkerung zu einer graduellen Verlagerung der Schwergewichte in der Gesellschaft führen kann. Davor ist aber nicht abzuraten, sondern dazu ist gerade erst aufzurufen, vielmehr: Das Grundeinkommen allein leistet einen geradezu lächerlichen und unanständig kleinen Teil zur Entwicklung der Gesellschaften in Richtung einer wirklichen Erneuerung, in der erstens sämtliche Menschen wirkliche Subjekte werden, das heisst, sie verfügen nicht nur über ein Grundeinkommen, sondern auch über eine Grundausbildung, welche mit Sicherheit deutlich höher sein muss als die gegenwärtige, weil man nämlich sonst nicht als vollwertiges Mitglied demokratisch an den Prozessen in der komplexen Gesellschaft teilnehmen kann. Aber eben: Das Grundeinkommen ist hier zumindest kein Störfaktor, und in den Diskussionen, welche rund um seine Einführung geführt werden, wird man

unweigerlich auf solche Aspekte hinweisen und möglicherweise damit an anderen Orten Initiativen lostreten.

In der Tat: Nachdem die moderne Gesellschaft ihre produktiven Arbeitsplätze weitgehend verloren hat, muss sie zu einer anderen Lesart dieses Problems finden: Der moderne Mensch ist zum ersten Mal in der Geschichte befreit vom Zwang zu entfremdeter Arbeit. Die Möglichkeit der selbstbestimmten Tätigkeit ist in unmittelbare Nähe gerückt. Auf bescheidener Stufe wird vielen Menschen mit einem Grundeinkommen die Möglichkeit geboten, eigene Projekte aufzusetzen und zu realisieren. Gleichzeitig funktioniert dieses postkapitalistische System nur aufgrund einer fast unvorstellbaren globalen Verästelung, zunächst in der Produktion, aber auch in der Distribution; die Kommunikation spielt eine eminente Rolle. Insofern versteht sich von selber, dass in der komplexen Gesellschaft natürlich auch die komplexen Projekte besonders spannend sind; insofern soll man das Hohelied der kleinen privaten und halbprivaten Projekte nicht allzu laut singen. Die Komplexität der Beziehungen verweist ja nicht zuletzt auch auf einen Bereich, den ich hier überhaupt nicht angesprochen habe: auf die Machtfrage. Wer mit einem Grundeinkommen eine Teestube betreibt, wird bei der Organisation der Macht und bei der Einflussnahme innerhalb des globalen Systems relativ weit entfernt vom Zentrum operieren. Vielleicht interessiert es sie oder ihn auch nicht; und sowieso gilt, dass die Macht innerhalb komplexer Systeme längstens nicht mehr von Individuen oder einer Gruppe von Individuen nach Belieben ausgeübt werden kann – sonst wird das System sofort instabil. Der demokratische Grundgedanke aber drängt die entsprechenden Überlegungen auf. Sie sollen aber an einem anderen Ort diskutiert werden. Das Grundeinkommen leistet dazu zunächst keinen Beitrag bzw. es ist wegen seiner schieren Größe bzw. Niedrigkeit eher ein Beitrag dazu, allfällige persönliche oder kollektive Bemühungen um höhere Organisationsstufen und eben auch um Macht vorzeitig abubrechen. Dies wäre ein Argument gegen das Grundeinkommen. Wir gehen davon aus, dass die Menschen das nicht so interpretieren werden.

Das Grundeinkommen bietet eine minimale Existenzfreiheit. Das ist ein Fortschritt, aber durchaus kein abschließender.

Daneben wird es in geringem Umfang auch etwas kosten. Aber bitte: Wenn wir dann einmal sämtliche Löcher durch unsere Alpen gebohrt haben werden, könnten wir uns dann endlich auch wieder mal den Infrastrukturwerken innerhalb der Gesellschaft zuwenden. Ist es denn wirklich eine Schande, wenn man jeder Person 2500 Franken oder auch 3000 Franken verfügbares Einkommen pro Monat

garantiert? In der reichsten Gesellschaft der Geschichte, in der einige Manager (also nicht Besitzer von Fabriken oder Banken, sondern ihre Manager) Dutzende von Millionen Franken verdienen? – Nein, ist es nicht. Vielmehr ist es schändlich, wie immer noch eine große Zahl von Menschen so knausrig gerade auf die am wenigsten Bevorzugten in der Gesellschaft schaut, wie sie immer noch auch den Freiraum so stark wie möglich eingrenzen will, welcher den Menschen zugestanden wird. Die Freiheit, auch mal ein halbes Jahr lang nichts zu tun, ist ebenfalls eine vollwertige Freiheit, und wenn jemand mit seinem Nichtstun erst noch etwas anzufangen weiß, dann ist der moderne Mensch komplett.

Immerhin habe ich hier den Slogan gefunden: Wenden wir uns den Infrastrukturen innerhalb unserer Gesellschaft zu – investieren wir in ein Grundeinkommen. Und zwar so schnell wie möglich, allgemein, bedingungslos, auf Bundesebene, in ausreichender Höhe. Schnell!

## **Nämlich?**

Die Grundidee eines Grundeinkommens ist relativ alt. Bereits im fourieristischen Diskurs wurde ein Anrecht aller BürgerInnen auf gewisse Teile des Agrarproduktes in diesem Sinn formuliert. Da das Thema immer wieder von anderer Seite mit Beschlag belegt wurde, kam es oft zu eigenartigen Erscheinungen; so sind die Feldversuche mit dem Grundeinkommen in den USA ausgerechnet unter der republikanischen Präsidentschaft Nixon sicher nicht zuletzt auf den Einfluss von Milton Friedman zurückzuführen. Als zunächst europäische Sammelorganisation wurde dann zu Beginn der Achtzigerjahre das Basic Income European Network gegründet, das heute Basic Income Earth Network heißt und verschiedene Organisationen rund um den Erdball umfasst, welche sich mit Theorie und Praxis des Grundeinkommens befassen; so fanden wichtige Ansätze zur Einführung eines Grundeinkommens in letzter Zeit in Brasilien und in Südafrika statt, also in Ländern, wo die obige Argumentation durchaus nicht eins zu eins zutrifft, wo aber das Verständnis für die sozialen Notwendigkeiten unmittelbarer ist, weil eben diese Notwendigkeiten viel größer sind; auch hier bietet das Grundeinkommen einen gültigen Lösungsansatz.

In Europa hatte das Grundeinkommen vor etwas mehr als 10 Jahren einen letzten Konjunkturschub; es fand auch Eingang in die Parteiprogramme der grünen Par-

teien, welche es aber in der Zwischenzeit wieder in einen nachrangigen Prioritätsstand versetzt haben. Trotzdem haben seit mehreren Jahren die Aktivitäten in diesem Zusammenhang wieder zugenommen. Heute bietet sich ein etwas diffuses Bild; im deutschsprachigen Raum finden sich Grundeinkommensbefürworter von der linken und z.T. extremen linken Seite des politischen Spektrums, einschließlich gewisser Teile von attac, über die unabhängigen, in der Regel aber eher sozialdemokratischen Grundeinkommensorganisationen im Rahmen des B.I.E.N.-Netzwerkes bis hin zu gewissen Teilen der bürgerlichen Parteien, namentlich eine Minderheit in der schweizerischen FDP, eine Mehrheit in der deutschen F.D.P., aber auch der CDU-Ministerpräsident des Freistaats Thüringen spricht sich zu Gunsten eines «Solidarischen Bürgergeldes» aus; dazu kommt das große Engagement des erfolgreichen Drogerienbesitzers Götz Werner, dessen Motivation neben der unternehmerischen auch gewisse anthroposophische Wurzeln hat; und nicht zu vergessen sind die Vertreter der katholischen Soziallehre, in Deutschland namentlich die katholischen Gewerkschaften und in Österreich die Katholische Sozialakademie, welche sehr kohärente Grundeinkommensvorstellungen vertreten und zum Teil auch Forschungsarbeiten betreiben.

Bisher fehlt es aber an einem einheitlichen Modell, das zur konkreten Umsetzung vorgeschlagen werden könnte. Das hängt natürlich auch mit der EU zusammen, wo es nach wie vor nicht gelungen ist, auch nur die bestehenden Sozialgesetzgebungen halbwegs zu vereinheitlichen. Man muss sich hier wirklich fragen, ob die sozialen Bewegungen, vor allem aber die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien einfach zu faul waren, um sich dieser Arbeit anzunehmen, oder ob es ihnen schlicht und einfach in den Kram passte und weiterhin passt, dass sie innerhalb ihrer bekannten und abgesteckten Gärten ihre bekannten und abgesteckten Zuständigkeitsbereiche weiter bearbeiten können. So sind die Bestrebungen in jedem Land isoliert, und noch nicht mal innerhalb der sprachlich gesehen recht überschaubaren Gruppe von Deutschland und Österreich existiert ein gemeinsames Modell. Eben: Die EU ist noch bei weitem kein wirkliches Europa, noch nicht mal in solch an und für sich technischen Bereichen wie der Sozialgesetzgebung.

Insofern ist man in der Schweiz geradezu privilegiert, denn die ist schon gar nicht erst in der EU und auch nicht im EWR. Zudem bietet sie gleichzeitig einen sehr überschaubar kleinen Raum mit der ganzen kulturellen Vielfalt Westeuropas (und wenn man die MigrantInnen, vor allem die längst integrierten Menschen der zweiten, dritten und vierten Generation aus den lateinischsprachigen Ländern, aus dem Balkan und aus der Türkei berücksichtigt, auch des halben Mittelmeerraums

hinterher). Insofern und auch angesichts der Tatsache, dass die Schweiz und die SchweizerInnen im Verhältnis noch reicher sind als ihre ebenfalls reichen Nachbarn, wäre die Erarbeitung eines Vorzeigemodells (jajohl: eines Exportartikels) hier gar nicht so abwegig.

Die Ausgangslage ist auch hier nicht besonders klar. B.I.E.N. ist 2002 als kleine Gruppe vor allem mit Fachleuten und Interessenten aus der a-deutschschweizerischen Ecke entstanden (nicht antideutschschweizerisch, wohlgemerkt; vielmehr gibt es das berühmte Wortspiel leider nur auf Französisch, das die Region rund um den Genfersee die «région lémanique» und die Region Deutschschweiz als «région alémanique» bezeichnet). Die Ausstrahlung war und ist nicht besonders groß und beschränkte sich vor allem auf Fachkreise und zum Teil auf die sogenannten «Armutsbetroffenen» in verschiedenen Regionen. Wie gesagt, haben auch die Grünen eine Zeitlang mit dem Grundeinkommen geliebäugelt, dieses aber im Moment wieder in den Schubladen versorgt. Die Gewerkschaften sind mehrheitlich ausdrücklich dagegen, wenn auch völlig unbegründet; daneben gibt es einzelne Ausnahmen wie z.B. Therese Wüthrich von der Comedia, deren Artikel im «Widerspruch» gekürzt auch in der Wochenzeitung erschienen ist. Auf freisinniger Seite gibt es Stellungnahmen dafür, in der Mehrheit für eine negative Einkommenssteuer; sie sind aber noch in der Minderheit.

Neben B.I.E.N. hat sich in Basel zu Beginn des Jahres 2006 die «Initiative Grundeinkommen» formiert, die den Schwerpunkt eher im kreativen Bereich setzt (und damit allerdings eine der Grundbehauptungen der Grundeinkommensbefürworter thematisiert, nämlich dass der Mensch an und für sich ein kreatives Wesen ist) und stark auf den deutschen Drogeriemarktbesitzer Götz Werner bzw. andere fortschrittliche anthroposophische Kreise ausgerichtet ist. Daneben vertreten einzelne Personen wie z.B. Prof. Ulrich von der Universität St. Gallen unerschrocken die entsprechenden Thesen; auch sonst wird in diesem Bereich an den Universitäten bei den SoziologInnen, zum Teil aber auch bei den WirtschaftswissenschaftlerInnen durchaus gearbeitet (bei Letzteren allerdings kenne ich noch keine saubere Berechnung für ein echtes Grundeinkommensmodell, sondern nur Varianten wie das Partizipationseinkommen usw.). Und selbstverständlich befassen sich die Kreise rund um das Bundesamt für Sozialversicherung auch mit dem Thema.

Wie man diese etwas unordentliche Gemengelage in eine ordentliche Projektorganisation mit einem konkreten Vorschlag umstrukturieren kann, entzieht sich meiner Kenntnis. Was ich weiß, ist, dass die Einführung eines Grundeinkommens tatsächlich über eine entsprechende Änderung der Bundesgesetze



erfolgen muss, mit anderen Worten: Über eine Volksinitiative. Das Knowhow für die entsprechenden Kampagnen ist mit Sicherheit vorhanden. Also würde es, einmal unabhängig von den Unterschieden zwischen den Organisationen und Einzelpersonen, darum gehen, einerseits ein konkretes Modell mit einem daraus abzuleitenden Vorschlag für die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten.

Der zweite Punkt besteht ohne jeden Zweifel in einer größeren Verbreitung der Idee des Grundeinkommens bei möglichst vielen interessierten Personen, Schichten und Organisationen. Unter anderem diesem Zweck soll die vorliegende Broschüre dienen.

# Begriffe, Literaturhinweise

## **Grundeinkommen**

Das Grundeinkommen besteht in jenem Betrag, auf den jedeR EinwohnerIn eines Landes ein unveräußerbares Recht hat zur Sicherung ihrer/seiner Bedürfnisse (Wohnung, Kleidung, Nahrung, Mobilität, Kultur, sozialer Austausch, Bildung/Weiterbildung). Er heißt Grundeinkommen, weil es sich um ein Grundrecht handelt, ähnlich wie Stimm- und Wahlrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf körperliche Unversehrtheit usw. Das Grundeinkommen wird jeder/jedem EinwohnerIn persönlich ausbezahlt; es ist an keinerlei Bedingungen geknüpft außer der Niederlassungsberechtigung. Es braucht für diese Berechtigung also weder Beitragszahlungen noch eine Arbeits- oder anderweitige Gegenleistung.

## **Formen des Grundeinkommens**

### **a) Sozialdividende**

Die Sozialdividende ist die normale Form eines Grundeinkommens. Sie wird monatlich an alle EinwohnerInnen ausbezahlt. Ihre Finanzierung kann in verschiedener Weise erfolgen (direkte oder indirekte Steuern, direkte Lohnabzüge usw.).

### **b) Negative Einkommenssteuer**

Die Negative Einkommenssteuer wird häufig auch als Grundeinkommensform bezeichnet. Hier besteht eine Bedingung, nämlich dass das steuerbare Einkommen einen gewissen Mindestbetrag unterschreitet. Die Differenz wird ausgeglichen (die BezügerInnen erhalten Steuern zurück, anstatt sie einzuzahlen, woher der Begriff der Negativen Einkommenssteuer). Ihr Hauptnachteil: Das Anrecht auf die Negative Einkommenssteuer entsteht in der Regel erst nach einer Steuerperiode. Zudem unterliegt sie den verschiedenen ideologischen und politischen Kräften, die im Bereich der Steuern immer wirksam sind.

### **c) Bürgergeld**

Das BürgerInnengeld ist grundsätzlich nur eine andere Bezeichnung für das Grundeinkommen. Die Rede ist hier von BürgerInnen im französischen Wortsinn (Citoyennes/Citoyens) und nicht im Sinn des Passbüros.

## **Literatur, weiterführende Angaben**

*Ein Grundeinkommen für alle?* Yannick Vanderborght, Philippe Van Parijs,, Campus 2005

*Garantiertes Mindesteinkommen: Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich.* Ronald Blaschke, DGB Bezirk Sachsen/Evangelische Akademie Meissen (2005)

*Leben ohne Arbeiten?* Manfred Füllsack, Avinus Verlag, Berlin (2002)

*Literaturübersicht: Modelle zu einem Garantierten Mindesteinkommen.* Heidi Stutz und Tobias Bauer (2003), Bundesamt für Sozialversicherungen, Bern

### **Webseiten:**

[www.grundeinkommen.ch](http://www.grundeinkommen.ch), [www.grundeinkommen.at](http://www.grundeinkommen.at),

[www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de)

[www.bien-ch.ch](http://www.bien-ch.ch)

[www.initiative-grundeinkommen.ch](http://www.initiative-grundeinkommen.ch)

## **Basic Income Earth Network**

Chaire Hoover d'éthique économique et sociale

Université Catholique de Louvain

Place Montesquieu, 3

B-1348 Louvain-la Neuve

Belgien